

# DIE TSCHECHEN UND SLOWAKEN IN WIEN UND NIEDERÖSTERREICH (1526—1976)

Von Gerhart Pichler

## 1. Wiens handelspolitische Bedeutung

Wiens geschichtliche Bedeutung basiert auf seiner geographischen Lage und seiner Verbundenheit mit dem Herrscherhaus. Beide Faktoren bedingten den Wandel von der Grenzstadt zur politischen und wirtschaftlichen Zentrale des Großstaates.

Wiens einmalige Lage — an der schiffbaren Donau, am Ausgang der Ostalpen und am Rande des pannonischen Raumes — bot die natürlichen Voraussetzungen, Mittelpunkt eines Großreiches zu werden. Gelegen am Schnittpunkt der Verkehrswege von West nach Ost, von Nord nach Süd, entwickelte sich Wien zum Umschlagplatz des Nordosthandels. Uralt ist der Verkehrsweg längs der Donau nach dem Morgenland, uralt auch der Weg von der Ostsee zur Adria. Der Strom verband Wien mit dem Westen und war Vermittler nach dem Orient. Doch die Donau war nicht nur Verkehrsader. Sie war bis zum Beginn des 13. Jahrhunderts bevorzugte Kreuzzugsstraße. Wien war die letzte Station des Abendlandes auf dem Marsch nach dem Osten, war Sammelplatz der Kreuzzugsheere und bot eine letzte Möglichkeit zur Vervollständigung der Ausrüstung. Doch den entscheidendsten Impuls erhielt Wien dadurch, daß es zur Hauptstadt des Landes, zur Residenz eines mächtigen Fürstengeschlechtes gemacht wurde. Durch die bewußte Förderung dieser Handelsposition seitens der Dynastie konnten sich die geographischen Vorteile erst entfalten. Diese Verhältnisse bedingten auch, daß Wien häufig in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt war; denn der Besitzer der Stadt bestimmte auch das politische Geschehen im Donaauraum.

## 2. Die Erwerbung Böhmens und Ungarns

Wahrlich, an Versuchen fehlte es nicht, die Gunst der Stunde zu nutzen. Das Aussterben der Staufer und Babenberger ermöglichte es den Přemysliden wie den Arpaden, die Errichtung einer südostdeutschen Macht in Angriff zu nehmen. Nur war Ottokars Vorhaben, durch die Erwerbung Österreichs ein Reich zu schaffen, das von der Elbe bis zur Adria reichen sollte, aussichtsreicher als der Versuch Belas IV., den mitteleuropäischen Donaauraum von Ungarn her zu erschließen. Ottokar gewann zwar den Kampf um die führende Rolle, doch war seine Herrschaft nur von kurzer Dauer; denn die Wahl des Habsburger Grafen Rudolf zum deutschen König vernichtete schlagartig seine ehrgeizigen Pläne.

Das Verdienst der Einigung gebührt den Habsburgern, die die beherrschende Lage Wiens zum Ausgangspunkt ihrer Hausmachtspolitik erkoren. Ihnen blieb es

vorbehalten, die Alpen-, Karpaten- und Sudetenländer in einer Hand zu vereinigen. Mochten auch noch Jahrhunderte vergehen, bis dieser Gedanke seine Verwirklichung fand, die ersten Ansätze zeigten sich, als Ottokars Pläne, die österreichischen Länder seinem slawischen Zwischenreich einzugliedern, von Rudolf durchkreuzt wurden. Sie fanden ihre Bestätigung im Sedletzter Vertrag, welcher für den Fall des Aussterbens eines der beiden Geschlechter im Mannesstamm die gegenseitige Erbfolge vorsah. Die Iglauer Doppelhochzeit 1278<sup>1</sup> besiegelte das getroffene Abkommen. Wenzel II. vermählte sich mit Jutta, der Tochter König Rudolfs, dessen gleichnamiger Sohn Rudolf II. mit Agnes, Wenzels Schwester.

Die Habsburger wähten sich am Ziel ihrer Wünsche, als Wenzel III. kinderlos starb. Doch das Vorhaben scheiterte. Rudolfs III. früher Tod (1307) vereitelte den Plan, Böhmen dem Reich einzuverleiben. Albrechts Ermordung durch den Neffen Johann Parricida schließlich ließ alle Hoffnung schwinden, in absehbarer Zeit in den Besitz Böhmens zu gelangen. Auch die Erwerbung Ungarns mißglückte aufgrund der Kinderlosigkeit von Albrechts Tochter Agnes, die mit Andreas III., dem letzten Herrscher aus dem Geschlecht der Arpaden, vermählt war.

Doch die Habsburger ließen sich nicht entmutigen. Im Streben nach der Vorherrschaft im Donauraum ergriffen sie jede sich bietende Gelegenheit, sich mit den regierenden Herrscherhäusern zu verbinden, um die Länder auf dem Erbweg zu gewinnen. Das Ziel schien nahe, als sich des Luxemburgers Sigmund einzige Tochter Elisabeth 1437<sup>2</sup> mit Albrecht II. vermählte. Aber auch dem zweiten Versuch war kein dauerhaftes Glück beschieden. Albrechts Hinscheiden, zwei Jahre später, löste die Verbindung der vereinigten Reiche. Der Tod des letzten Albertiners 1457<sup>3</sup> zerriß das sorgfältig geknüpft Band, das die böhmischen und ungarischen Länder durch zwanzig Jahre verbunden hatte, auch wenn die Vereinigung bloß in der Person des Herrschers begründet war. Denn die tatsächliche Regierung lag während der Minderjährigkeit Ladislaus Posthumus' in den Händen der Reichsverweser, in den Händen des siebenbürgischen Magnaten Johann Hunjadi in Ungarn und des Hussitenführers Georg Podiebrad in Böhmen.

Erst Kaiser Maximilian war es, in konsequenter Fortführung der habsburgischen Politik, beschieden, das mehrmals angestrebte Ziel zu erreichen. Der im Odenburger Frieden 1463<sup>4</sup> vorbereitete, im Preßburger Frieden 1491<sup>5</sup> vereinbarte Erbvertrag fand seine Bestätigung in der Doppelverlobung der kaiserlichen Enkel Ferdinand und Maria mit den Jagiellonen Anna und Ludwig. Dieses am Wiener Fürstenkongreß 1515 geschlossene Abkommen, 1521 durch die habsburgisch-jagiellonische Wechselheirat vollzogen, wurde 1526<sup>6</sup> mit Ludwigs Tod bei Mohacs staatsrechtliche Wirklichkeit. Denn mit ihm erlosch das Herrscherhaus der Jagiellonen. Ferdinand wurde rechtmäßiger Erbe Böhmens und Ungarns.

---

<sup>1</sup> Litschauer, F.: Österreichische Geschichte. Wien 1965, S. 57.

<sup>2</sup> Ebenda 79.

<sup>3</sup> Ebenda 83.

<sup>4</sup> Ebenda 85.

<sup>5</sup> Ebenda 86.

<sup>6</sup> Ebenda 92.

### 3. Die Tschechen in Österreich

a) *Die Immigration im 16. und 17. Jahrhundert.* Die Erwerbung der Nachbarländer veränderte auch den bisherigen Charakter Wiens. Es wurde, seiner früheren Funktion als Grenzstadt und Bollwerk enthoben, Hauptstadt der gesamten Erbländer Österreichs. Aufgrund der von Maximilian begonnenen Reorganisation des Behördenwesens wurde Wien Sitz der Regierung (1504) und der Zentralverwaltung (1527), seit der Erwerbung der Kaiserkrone durch Ferdinand (1558) auch Sitz der Dynastie und der Reichsbehörden. Auch die Aristokratie konzentrierte sich in der Stadt, seit die habsburgische Hofhaltung nach Wien übersiedelt war. Sie war einer der wichtigsten Abnehmer der Güter und Erzeugnisse der Nachbarländer. Denn durch die Entdeckung Amerikas, durch die Verlagerung der Handelsplätze nach den Küsten Westeuropas war der Wiener Kaufmann aus dem internationalen Handel verdrängt, auf den Kleinhandel beschränkt worden.

Der Vertrieb der Gebrauchsartikel erfolgte vorwiegend durch Händler aus Bayern und Schwaben, während die Kaufleute aus Böhmen, Mähren und Schlesien Wien mit Gütern des täglichen Bedarfes versorgten. Der Transport erfolgte auf dem Landweg mit „böhmischen Wagen“<sup>7</sup>, welche von „fünf bis acht Rossen“ gezogen wurden. Ein Teil der Nahrungsmittel, vorwiegend Käse, Schmalz, Eier, Mehl und Brot, wurde dem kaiserlichen Obristenproviantamt, der andere Teil frei verkauft. Der Umschlagsplatz für Fisch, Fleisch und Bier befand sich am Lugeck. Dort, bei den öffentlichen Wirtshäusern, „so nahend bey der Donaw seyndt“, pflegten sie auch zu nächtigen, „die Böhaimben bey dem Schabenrüssel, die Mährer beim Prannen“<sup>8</sup>.

Die Schilderungen der böhmischen Händler über das leichtere Fortkommen dürften einige ihrer Landsleute bewogen haben, ihre Heimat zu verlassen. Sie waren meist im Transportgeschäft tätig und siedelten in der Umgebung ihrer Handelsplätze. In den Wirtshäusern fanden sie Kontakt zu ihren Landesgenossen, wodurch ihre Heimatverbundenheit gewahrt blieb. Die verbesserten Lebensbedingungen dürften sie schließlich zum Bleiben veranlaßt haben. Sie bildeten, obwohl ihre Zahl noch gering war, den Grundstock der tschechischen Siedler in Wien.

Doch nicht nur Händler siedelten in Wien, wengleich sie im 16. Jahrhundert dominierten. Zu ihnen gesellten sich im Verlauf des 17. Jahrhunderts Arbeiter, welche im Dienstleistungsgewerbe, im Versorgungs- und Beförderungswesen als Lieferanten oder Tagelöhner beschäftigt waren. Teils dürfte es sich hierbei um Flüchtlinge gehandelt haben, welche Schutz suchten vor den feindlichen Heerscharen des schwedischen Reitergenerals Torstenson, der Westböhmen verheerte, teils dürften die Zerstörungen des Dreißigjährigen Krieges selbst Ursache der Abwanderung gewesen sein; denn der Krieg hatte durch die Vernichtung zahlreicher Existenzgrundlagen die Heimatverbundenheit gelockert.

<sup>7</sup> Geschichte der Stadt Wien. Bd. 4. Wien 1923, Stichwort „Handel, Verkehr und Münzwesen“, S. 535.

<sup>8</sup> A b e r m a n n, H.: Chronica oder historische Beschreibung der weltberühmbten kaiserlichen Hauptstadt Wien. Wien 1619, 3. Buch, Stichwort „Wienerische Herberg oder Wirths Häuser“, S. 101.

Sie stammten vorwiegend aus Gebieten, welche den Handwerkern und Bauernsöhnen keinerlei Verdienstmöglichkeiten boten. Die einst führende Herrschaftsschicht schied als Käufer bäuerlicher und gewerblicher Erzeugnisse aus. Sie war, soweit sie nicht liquidiert oder vertrieben worden war, ganz und gar verarmt. Die habsburgische Hofhaltung, einst ein wichtiger Abnehmer der Zivilisationsgüter, war 1612, durch das Hinscheiden Kaiser Rudolfs II. bedingt, nach Wien verlegt worden. Der finanzkräftige Adel war, soweit er nicht in der Schlacht am Weißen Berg 1621<sup>9</sup> verblutete, am Altstädter Ring in Prag hingerichtet worden. Auch der Landadel war dezimiert und seiner Güter beraubt worden. Der Mittelstand wiederum war aus konfessionellen Gründen größtenteils nach Preußen, Sachsen oder Schlesien abgewandert. Die Inflation schließlich vernichtete auch die restlichen Vermögenswerte.

Die sozialökonomische Situation der böhmischen Bevölkerung sollte sich auch in den nächsten Jahrzehnten nicht wesentlich bessern. Einerseits mangelte es an Arbeitskräften in den durch Ausweisung oder Vertreibung der ortsansässigen Einwohner entvölkerten Landstrichen, andererseits fehlte es an Kapital zum Wiederaufbau der zerstörten Siedlungen, zum Erwerb von Arbeitsgeräten, Saatgut und Düngemittel. Denn auch die Bodenqualität hatte durch Kriegseinwirkung und Witterungsverhältnisse an Qualität eingebüßt. Mißernten und Seuchen schmälerten die Ernährungsgrundlage. Die landwirtschaftlichen Betriebe konnten kaum die Eigenversorgung sicherstellen, geschweige denn Überschüsse produzieren. Die Lebensmittelpreise stiegen, die allgemeine Verschuldung wuchs, die Lebenserwartungen sanken. Aus all den erwähnten Gründen wird es verständlich, daß die Immigration nicht mehr verebte.

Die günstige Wirtschaftsentwicklung förderte die Abwanderung aus den sozialen Notstandsgebieten. Der Wiener Raum erlebte im ausgehenden 17. Jahrhundert einen beträchtlichen Aufschwung. Die Wirtschaft konnte sich, seit der türkische Angriff an den Mauern Wiens zerschellt und die ständige Gefahr aus dem Osten gebannt war, frei entfalten. Die Prosperität steigerte sich noch mehr, als Leopolds merkantilistische Wirtschaftspolitik die Errichtung von Manufakturen ins Auge faßte. Denn wollte man den Anschluß an den Wirtschaftsboom der westeuropäischen Handelsnationen gewinnen, mußte die Fabrikation rationeller gestaltet, die Wettbewerbsfähigkeit gefördert und der Vertrieb der Produktionsgüter beschleunigt werden. Darüber hinaus hatte die Steigerung der zivilisatorischen Ansprüche einen vermehrten Bedarf an Qualitätsgütern zur Folge. Die heimischen Erzeugnisse jedoch entbehrten des Gütesiegels; sie reichten gerade zur Deckung des Inlandbedarfs und auf Grund ihrer Qualität zum Verkauf an anspruchslose Kunden.

Die tschechischen Kolonisten, meist Erwachsene beiderlei Geschlechtes, stammten aus an agrarischer Überbevölkerung leidenden Gebieten. Sie siedelten in Häusern, meist in der Nachbarschaft kleinerer oder größerer Betriebe, welche sie beschäftigten. Sie arbeiteten vorwiegend in der Textilbranche und der Spiegel-fabrikation. Ihre Eigenschaften, sie waren anspruchsloser und fleißiger als ihre deutschsprachigen Kollegen, förderten ihre Beliebtheit bei den Arbeitgebern und

---

<sup>9</sup> Litschauer 164.

begünstigten die Eingliederung in den Arbeitsprozeß. Wer in den Seidenwebereien, Färbereien, Samt- und Tafterzeugungsstätten keine Anstellung fand, dem bot das Dienstleistungsgewerbe ausreichenden Lebensunterhalt. An diesbezüglichen Arbeitsstätten mangelte es nicht, seit sich Bürgerschaft und Landadel in ihrer Lebensweise vielfach angeglichen hatten. Die Bewerber waren meist weiblichen Geschlechts, die sich als Hausgehilfinnen, Stubenmädels, Köchinnen oder Ammen verdingten. Sie zählten auf Grund ihrer Beflissenheit und Dienstwilligkeit zu den begehrtesten Arbeitskräften.

*b) Die Immigration im 18. Jahrhundert.* Stellten im 16. Jahrhundert die Händler, im 17. Jahrhundert die Landarbeiter das Hauptkontingent tschechischer Einwanderer, bildeten in der thesesianischen Ära die Handwerker den Schwerpunkt der Immigranten. Ihr Zuzug wurde bewußt gefördert, war man doch durch den Verlust Schlesiens, der gewerblich und industriell bedeutendsten Provinz der Habsburgermonarchie, gezwungen, Ersatz zu schaffen für die verlorengegangenen Produktionsstätten.

Infolgedessen wurden fast alle Einschränkungen, welche die Ausübung gewerblicher Tätigkeit durch Ausländer bisher behindert hatten, beseitigt. Als erstes wurde die Forderung der Zugehörigkeit zur deutschen Nation aufgehoben, welche seit der Handwerksordnung Ferdinands I. aus dem Jahre 1527<sup>10</sup>, den gleichnamigen Verfügungen der Kaiser Ferdinand III. und Leopold I. nach zu schließen, eine unabdingbare Voraussetzung darstellte. Auch die damals verhängten Heiratsverbote wurden außer Kraft gesetzt. Früher waren die Gesellen verpflichtet gewesen, Meisterswitwen und -töchter zu heiraten, wenn sie eine Werkstatt übernehmen wollten. Mit dieser Maßnahme wollte man Puschern und Störern das Handwerk legen. Letzteren — meist sehr tüchtige Arbeiter — war nämlich der Eintritt in die berufliche, soziale und religiöse Funktionen ausübenden Zechen aufgrund unehlicher<sup>11</sup> oder unehelicher Geburt verwehrt worden. Lediglich der Zunftzwang blieb, wenngleich in stark gemilderter Form, noch erhalten, bis er den Maßnahmen Kaiser Josefs II. zum Opfer fiel.

Läßt sich auch das Ausmaß der jährlichen Einwanderungen nicht ermitteln, weil die Tschechen vielfach in deutsche Familien eingeheiratet oder ihre Namen aus Gründen des besseren Verständnisses verdeutscht hatten, so dürfte es doch relativ hoch gewesen sein.

Sie siedelten vorwiegend im Gebiet der heutigen Gemeindebezirke Landstraße und Wieden, einer seit alters her bevorzugten Gegend. Hier befanden sich ihre Wirtshäuser, wo nicht nur „mährisch“ gesprochen, sondern auch gesungen wurde. Selbst Verlautbarungen erfolgten in der Muttersprache. Dies dürfte auch den Hofbuchdrucker Leopold Kalivoda<sup>12</sup>, welcher sein Gewerbe seit dem Jahre 1734 ausübte, bewogen haben, eine Zeitung in tschechischer Sprache herauszugeben. Dieses am 1. April 1761 erschienene Blatt war die erste tschechische Zeitung in Wien.

<sup>10</sup> Geschichte der Stadt Wien 413.

<sup>11</sup> Uneheliche Geburt erlangte man durch gesellschaftlichen Verkehr mit der Henkersfamilie, durch leichte Vergehen, Lehre bei Störern usw.

<sup>12</sup> Mais, A.: Die Tschechen in Wien. Wiener Geschichtsblätter 12 (1957) Nr. 3, S. 59.

Doch das Vorhaben mißglückte; denn nach 26 Nummern wurde das Erscheinen, vermutlich aus finanziellen Gründen, eingestellt.

Dessenungeachtet erfreuten sich tschechische Sprache, Kultur und Tradition höhernorts einer ganz besonderen Förderung. Die Sprache fand Eingang in den Lehrplan der 1746<sup>13</sup> im kaiserlichen Lustschloß Favorita errichteten thesianischen Ritterakademie, aber auch in den Unterricht der 1752<sup>14</sup> gegründeten Militärakademie in Wiener-Neustadt. Im ersteren Fall wurde sie von Wenzel Pohl<sup>15</sup>, einem gebürtigen Königgrätzer und Lehrer Kaiser Josefs II., tradiert, im letzteren<sup>16</sup> von Wiedemann, Klobas, Zobiecky, Polack und Burian unterrichtet, von denen besonders Polack als tschechischer Dichter nationale Berühmtheit erlangte. 1775<sup>17</sup> ließ der Kaiser, welcher die Sprache selbst erlernt hatte, eine Lehrkanzel für Tschechisch errichten, welche von bedeutenden Gelehrten wie Hromátko, Šembera oder Menčík, um nur einige zu nennen, bekleidet wurde.

Kulturelle Darbietungen in den Salons der Adelspaläste und Herrensitze würdigten die Leistungen tschechischer Dichter und Musiker. Besonders die im Palais des Fürsten Wenzel Kaunitz aufgeführten „hanakischen Operetten“ erfreuten sich allgemeiner Wertschätzung. Auch ihre Landsmannschaften, durch Kaiser Josef II., Gegner jedweder Sonderstellung, aufgelöst, durften sich wieder etablieren. Diese von einem Vorsteher und zwei Assistenten geleiteten Vereine dienten der Pflege der Geselligkeit und der Unterstützung hilfsbedürftiger Landsleute. Schließlich wurden die 1708<sup>18</sup> instituierten, aber 1783<sup>19</sup> eingestellten Nationsfeste wieder ins Leben gerufen. Dank der Bemühungen des Redemptoristen Carl Maria Hofbauer erhielten sie gleichsam als Ersatz für den Verlust ihrer früheren religiösen Stätten, welche durch die Aufhebung aller Bruderschaften verlorengegangen waren, die Kirche Maria Stiegen, welche zur tschechischen Nationalkirche erklärt wurde.

c) *Die Immigration im 19. Jahrhundert.* In der Regierungszeit Kaiser Franz' II. (1792—1835) nahm die Wirtschaft einen kräftigen Aufschwung, denn er gewährte dem Unternehmertum freie Entfaltungsmöglichkeiten. Der Ausbau der Manufakturen, durch Kredithilfen gefördert, bewirkte im Verein mit der Aufhebung des die Textil- und Metallverarbeitung lähmenden Zunftzwanges eine Vermehrung der Arbeitsplätze. 1827<sup>20</sup> zählte Wien bereits 29 Fabriken und 600 Betriebe. Schließlich erlebte die Seidenindustrie durch den Ausfall der französischen Konkurrenz eine Hochkonjunktur. Im Jahre 1841 besaß Wien nicht weniger als 425 Webereien mit insgesamt 4000 Webstühlen.

Der Arbeiter des Vormärz war nicht mehr der gesuchte Spezialist der merkantilistischen Epoche, auch nicht der Heimarbeiter der thesianisch-josefinischen Ära,

<sup>13</sup> Litschauer 211.

<sup>14</sup> Ebenda.

<sup>15</sup> Mais 59.

<sup>16</sup> Ebenda 60.

<sup>17</sup> Österreich Lexikon. 2 Bde. Wien 1966, hier Bd. 2, Stichwort „Die Tschechen“, S. 1169.

<sup>18</sup> Mais 93.

<sup>19</sup> Ebenda 106.

<sup>20</sup> Till, R.: Wiens geschichtliche Stellung in Wirtschaft und Politik. Darstellungen aus dem Gebiete der materiellen Kultur und Wirtschaft Österreichs. Wien 1947, Heft 1, S. 42.

welcher seine Erzeugnisse in die Textilfabriken lieferte, sondern der im Massenartikel produzierenden Herstellungsbetrieb, welcher keine Ausbildung erforderte, beschäftigte Proletarier. Nebst Männern arbeiteten auch Frauen, oft unter den ungünstigsten, jeder Hygiene spottenden Bedingungen und in unmäßig langer, meist 14stündiger Arbeitszeit. Doch weder die Eintönigkeit ihrer abwechslungslosen Tätigkeit noch die schlechten Arbeitsbedingungen vermochten der tschechischen Immigration Einhalt zu gebieten.

Anfang der dreißiger Jahre beherbergte Wien zirka 40 000<sup>21</sup> Tschechen, deren Zahl sich binnen dreier Jahrzehnte verdoppelte. Ihr Anteil an der Wiener Gesamtbevölkerung belief sich 1856<sup>22</sup> — vorsichtigen Schätzungen zufolge — auf achtzehn Prozent, die Hälfte aller Ausländer.

Die Einwanderung fremdländischer, vornehmlich tschechischer Arbeitskräfte hielt bis zur Jahrhundertwende unvermindert an. Doch stellten sie jetzt im Vergleich zu früher, wo ihr Anteil bloß höher lag als der anderer Völker, zwei Drittel der Einwanderer. Ihre Gründe waren vielfältiger Natur.

Erstens setzte im Wiener Becken die verstärkte Industrialisierung um zwei Jahrzehnte früher ein als im Prager Raum. Gleichzeitig erfolgte ein intensiver Ausbau der Verkehrsverbindungen. Denn ohne sie wäre der rasche Transport der Rohstoffe und Erzeugnisse nicht möglich gewesen. Besonders die nach den Plänen Franz Xaver Riepls von einem Bankenkartell unter der Führung des Hauses Rothschild in den Jahren 1836 bis 1847 errichtete Kaiser-Ferdinand-Nordbahn<sup>23</sup>, welche Wien mit dem mährisch-schlesischen Industrievier Oderberg verband, erwies sich von größter wirtschaftlicher Bedeutung. Sie wurde gleich der 1867 begonnenen, 1874 vollendeten Kaiser-Franz-Josefs-Bahn<sup>24</sup>, welche die Verbindung nach Prag herstellte, von tschechischen Arbeitern erbaut. Sie siedelten meist in der Umgebung der Grenzbahnhöfe, den Vorstädten Floridsdorf und Brigittenau, wo sie oft unter menschenunwürdigen Verhältnissen lebten. Meist handelte es sich um Landarbeiter und Bauernsöhne aus kinderreichen Familien, welche keine Aussicht auf Besitznachfolge hatten.

Die Lösung des Abhängigkeitsverhältnisses verstärkte noch die Landflucht. Der bäuerliche Zwergbesitz, welcher in großen Gebieten der westlichen Slowakei und manchen Teilen Mährens vorherrschte, erwies sich wirtschaftlich als nicht lebensfähig. Dies führte, mochte auch die Ablöse hoch bemessen worden sein, zur Verschuldung und zu Verkäufen. Manchen fehlte die Initiative, vielen die Erfahrung zur Führung landwirtschaftlicher Betriebe, allen jedoch die Mittel zur Modernisierung ihrer Höfe. So mancher Besitz fiel auch dem Treiben übler Spekulanten zum Opfer.

Wer in den gewerblichen und industriellen Betrieben keine Beschäftigung fand, dem bot das Baugewerbe entsprechende Betätigung. Sowohl die Errichtung der

<sup>21</sup> Gutkas, K.: Die nichtdeutsche Bevölkerung Niederösterreichs. Kulturberichte aus Niederösterreich (1957), S. 12.

<sup>22</sup> Lendl, Egon: 100 Jahre Einwanderung nach Österreich. Geographisches Jahrbuch aus Österreich 28 (1960) 57.

<sup>23</sup> Zöllner, Erich: Geschichte Österreichs. Wien 1966, S. 373.

<sup>24</sup> E b e n d a 454.

Fabriksanlagen als auch die Erweiterung des Straßennetzes, vor allem aber der Bau der Wiener Ringstraße (1859—1865) mit ihren Denkmälern und Palästen, verschaffte vielen Brot und Arbeit.

Selbst die Industrialisierung Westböhmens, durch den Bau der Franz-Josefs-Bahn eingeleitet, vermochte, wenngleich dieses Gebiet einen Teil der Abwanderungswilligen aus den Randgebieten Böhmens und Mährens an sich zog, keine Verringerung der Kontingente zu erzielen. Denn im tschechischen Kerngebiet brachte die Umstellung von der bisher handwerklich in Heimarbeit durchgeführten gewerblichen Arbeit auf die industrielle Produktionsweise schwere wirtschaftliche Krisen, welche die Abwanderung beschleunigten. Die Seidenindustrie war nämlich, seit sie durch die Beseitigung der Schutzzölle ihre traditionellen Absatzgebiete verloren hatte, in den Prager Raum verlagert worden. Andererseits war die Einwanderung der böhmisch-mährischen Arbeiter erwünscht, seit ihre süddeutschen Kollegen aufgrund des Ausscheidens Österreichs aus dem Deutschen Bund (1866) abnahmen. Vor allem die Wiener Weltausstellung 1873<sup>25</sup> lockte viele Arbeiter in die Hauptstadt des Kaiserreiches. Darüber hinaus bot die 1870<sup>26</sup> gegründete Steingutgeschirrfabrik in Floridsdorf, eine der größten unter ihresgleichen, gute Verdienstmöglichkeiten. Sie war als Ersatz für die aufgrund der Erschließung der Kaolinlager der Karlsbader Gegend nach Böhmen verlagerte Porzellanmanufaktur errichtet worden.

Die franzisko-josefinische Industrialisierungswelle schließlich ließ den Bedarf an Arbeitskräften sprunghaft ansteigen. Sie konzentrierte sich in den sechziger und siebziger Jahren auf die Wiener Innenstadt, bevorzugtes Siedlungsgebiet tschechischer Handwerker, seit die 1859 erlassene Gewerbeordnung<sup>27</sup> die unbeschränkte Gewerbefreiheit verfügte. Erst in den achtziger Jahren ergriff die Industrialisierung auch die Außenbezirke. Ihre fabrikmäßige Erschließung wurde erst durch die Aufhebung der franziszeischen Fabrikgesetzgebung ermöglicht, welche in ihrer Revolutionsfurcht alle Fabriken möglichst weit vor die Tore der Stadt bannte. Günstige Verkehrslage und steigende Grundstückspreise dürften eine nicht unbeachtliche Rolle bei der Verlagerung maschineller Fabrikationszweige in die Vorortsiedlungen gespielt haben. Noch 1880<sup>28</sup> verteilten sich 77 Prozent aller Wiener Fabriken auf die Vorstädte, zwanzig Jahre später war ihr Anteil auf 61 Prozent gesunken. Andererseits erfuhren die peripheren Stadtbereiche eine 133prozentige Vermehrung ihrer Betriebe, während die Innenbezirke nur einen Zuwachs von fünf Prozent verzeichneten.

Im Jahre 1880<sup>29</sup> zählte Wien — soweit man den Angaben Glauben schenken darf — 25 186 tschechische Dauersiedler, deren Zahl sich binnen zweier Dekaden, dank der günstigen Entwicklung des handwerklichen und maschinellen Fabrikationszweiges, auf 102 974 Personen erhöhte<sup>30</sup>. Allein im letzten Jahrzehnt des

<sup>25</sup> E b e n d a 438.

<sup>26</sup> E b e n d a 451.

<sup>27</sup> E b e n d a 453.

<sup>28</sup> Z a p f, J.: Die Wirtschaftsgeschichte Wiens unter der Regierung Kaiser Franz Josef I. Wien 1888, S. 326.

<sup>29</sup> G u t k a s 12.

<sup>30</sup> L e n d l 58.

19. Jahrhunderts wanderten, bedingt durch den Bau der Wiener Stadtbahn, die viele Arbeitswillige anzog, 39 140 Personen<sup>31</sup> ein, wodurch ihr Anteil an der Wiener Gesamtbevölkerung von 5,4 Prozent (1890) auf 7,1 Prozent (1900) anstieg.

Mehr oder minder gleichzeitig mit der Einwanderung tschechischer Arbeitskräfte in die Reichshauptstadt erfolgte ihre Immigration in die ländlichen Gebiete Niederösterreichs. Ihre Zahl war dank günstiger Verhältnisse in stetem Steigen begriffen, bis sie im Jahre 1880<sup>32</sup> mit 36 071 Personen das absolute Maximum erreichte.

Die Böhmen arbeiteten in den Industriebetrieben des Alpenvorlandes und des Wiener Beckens, vornehmlich in den Fabriken längs der Südbahn und der Pottendorfer Linie, die Mährer und Slowaken hingegen in den bäuerlichen Landbezirken, seit die Errichtung mehrerer Bankfilialen den Erwerb landwirtschaftlicher Güter ermöglicht hatte. Erstere siedelten, kleinere Kolonien im Alpenvorland und Donautal ausgenommen, im Wald- und Weinviertel, vorwiegend im Grenzbereich, letztere in den Randgebieten längs der March.

Das Marchtal war seit dem 17. Jahrhundert bevorzugtes Siedlungsgebiet slowakischer Landarbeiter. Bereits während des Dreißigjährigen Krieges waren sie in den östlichen Grenzraum eingewandert, wo sie, vorwiegend in Hohenau, Waltersdorf, Ringelsdorf und Sierndorf, in deutsche Familien eingeehret hatten. Nach den Kurzzenneinfällen (1702) waren sie wieder in größerer Zahl erschienen, doch waren sie gleich ihren früheren Landsleuten in der deutschen Bevölkerung aufgegangen. Meist handelte es sich um Bauernsöhne, welche als sommerliche Wanderarbeiter oder zur Zeit der Campagne in die Zuckerfabriken Dürnkrut und Hohenau kamen. Später erwarb ein Teil von ihnen auch Grundbesitz in den Marchfeldgemeinden Feldsberg, Mistelbach, Matzen, Marchegg und Großenzersdorf, doch blieb ihr Anteil stets gering.

*d) Die Emigration im 20. Jahrhundert.* Nach Jahrzehnten steter Einwanderung in das Kerngebiet der zisleithanischen Reichshälfte erfolgte, durch wirtschaftliche Krisen bedingt, ein kurzfristiger, freiwilliger Rückzug der Tschechoslowaken, bis Kriegsfolgen und politische Ereignisse ihre Heimkehr (ab 1934) beschleunigten, ihre Wiederkehr (1945) unterbanden.

Die Donaumetropole, seit Jahrhunderten Fernziel fremdländischer Völker, weil sie Arbeit, Brot und besseres Leben bieten konnte als die Heimat, verlor ihre Zugkraft, als der konjunkturelle Aufschwung seinen Höhepunkt erreicht hatte. Der Bedarf an Arbeitskräften sank, seit die rege Bautätigkeit der letzten fünfzig Jahre, welche zur Errichtung der Stadtbahn und der Ringstraße, der Theater und Museen, der Bahnhöfe und Brücken, der Zinshäuser, Mietskasernen und Fabrikanlagen geführt hatte, erloschen war. Denn der weitere Ausbau des Straßennetzes und der Lokalbahnen konnte durchwegs mit einheimischen Kräften durchgeführt werden.

Auch die Wirtschaft erlitt durch den Verlust zahlreicher Absatzgebiete Rückschläge. Die Forcierung der industriellen Ausfuhr nach Südosteuropa scheiterte an den agrarischen Handelsinteressen Ungarns und des Exports in die westlichen Nachbarländer an der englisch-französischen Konkurrenz. Die billige Massenfabri-

<sup>31</sup> E b e n d a.

<sup>32</sup> G u t k a s 12.

kation erschwerte den Absatz gewerblicher Erzeugnisse. Ihre Produkte, meist von geringerer Qualität, nur teurer, verloren ihre Käuferschicht. Die Zahl der konzessionierten Gewerbe wurde erhöht und die Befähigungsnachweise, seit der 1883<sup>33</sup> erlassenen Gewerbenovelle wieder gefordert, verschärft und vermehrt, wodurch ihrer rigorosen Ausbreitung Schranken gesetzt wurden.

Auch die soziale Situation der Arbeiterschaft ließ zu wünschen übrig. Schlechte Arbeitsbedingungen, mangelhafte Vorkehrungen gegen gesundheitliche Schädigungen und katastrophale Wohnverhältnisse ließen den Wunsch zur Rückkehr reifen. Mißernten, Seuchen und Kriegsfolgen schmälerten aufgrund der Verteuerung der Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter das Einkommen der Erwerbstätigen. Der verschärfte Existenzkampf einerseits, die argen sozialen Verhältnisse andererseits dürften die Tschechen veranlaßt haben, ihre Heimat aufzusuchen, wo sich ihnen ein besseres Fortkommen bot als in Österreich.

Der Zusammenbruch der Monarchie schließlich beschleunigte den eingeleiteten Prozeß, zumal die politische Zukunft und die wirtschaftliche Lage Österreichs nicht gerade verlockend waren. Arbeitslosigkeit, Lebensmittelknappheit und inflationäre Tendenzen bewirkten den Rückzug von 59 732 Personen<sup>34</sup> beiderlei Geschlechts in die Tschechoslowakische Republik, wodurch sich ihre Zahl von 98 461 (1910) auf 38 729 (1923) verringerte.

Auf dem Flachland war die Zahl der Tschechoslawen seit 1880<sup>35</sup> im Sinken begriffen. Sie verminderte sich bis 1923 von 36 071 (1880) auf 13 904 Personen, wobei die Jahre bis 1910 (16 539) den stärksten Aderlaß (54 Prozent) verzeichneten. Sie dürften, vorwiegend in den achtziger und neunziger Jahren, zu ihren Familien, Verwandten und Freunden nach Wien zurückgekehrt sein. Die blutsmäßige Bindung, seit 1880 Hauptfaktor tschechischer Einwanderung, ließ sie ihren Wohnsitz wechseln. Auch die geänderten Verhältnisse in der heimischen Landwirtschaft dürften zur Rückkehr bewogen, zumindest den weiteren Zuzug gestoppt haben. Denn das 1883 erlassene Kommissationsgesetz<sup>36</sup> beseitigte die oft arge Gemengelage der Äcker. Die Zusammenlegung landwirtschaftlicher Grundstücke einerseits ermöglichte den Einsatz von Maschinen, das Verbot der Erbteilung andererseits ließ den unwirtschaftlichen Zwergbesitz verschwinden, wodurch sich die Ernährungsgrundlage wesentlich besserte. Die Bauernsöhne waren nicht mehr gezwungen, in die Fremde zu ziehen.

Ein weiterer, vor allem zahlenmäßiger Verlust entstand teils durch die Eingemeindung der vormals zu Niederösterreich gehörenden Orte Brigittenau (1900), Floridsdorf (1905)<sup>37</sup> und Strebersdorf (1910)<sup>38</sup> in den Wiener Stadtbereich, teils durch die Assimilation, teils durch die Gebietsverluste im Raum Gmünd und Feldsberg. Denn die Eindeutschung, welche für ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg eine unumgängliche Notwendigkeit darstellte, beschleunigte im Verein mit der

<sup>33</sup> Zöllner 453.

<sup>34</sup> Gutkas 12.

<sup>35</sup> Ebenda.

<sup>36</sup> Zöllner 446.

<sup>37</sup> Litschauer 438.

<sup>38</sup> Zöllner 443.

verminderten Zuwanderung — blieb doch die Volksgruppe fast ohne jeden Nachschub aus der Heimat — ihr Ausscheiden aus dem Volksverband. Der Friedensvertrag von Saint Germain wiederum forderte die Abtretung der mit slawischer Mehrheit besiedelten Dörfer Grundschachen, Rottenschachen, Ober- und Unterthemenau. Die übrigen Wünsche der tschechischen Delegation, ihnen die Gebiete um Litschau und das rechte Marchufer mit Teilen des Marchfeldes einzuräumen, konnten nicht realisiert werden. Selbst der Hinweis, daß das gesamte nördlich der Donau gelegene Gebiet Niederösterreichs nicht als deutsches Land angesehen werden könne, sondern vielmehr den Typus eines Übergangsgebiets darstelle, vermochte die Siegermächte nicht zu bewegen, ihre Entscheidung zu korrigieren. Nach 1922<sup>39</sup> erfolgte ein diplomatischer Vorstoß von Prag aus, welcher auf die Errichtung von zwanzig Volksschulen in den Bezirken Gänserndorf, Zistersdorf, Marchegg, Großenzersdorf und Hainburg abzielte, ferner die Einführung der tschechischen Sprache als Lehrgegenstand in ganz Niederösterreich und die Eröffnung einer zweiklassigen Landwirtschaftsschule in Marchegg forderte. Doch auch dieser Vorschlag blieb ohne Echo.

Die tschechische Volksgruppe verlor auch in den folgenden Jahrzehnten ständig an Mitgliedern. Die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre bewirkte eine stete Abwanderung, wodurch ihr durch die Assimilation gefährdeter Bestand weiterhin abnahm. Er<sup>40</sup> sank in Wien von 4,26 Prozent (1923) auf 2,1 Prozent (1934), in Niederösterreich von 1 Prozent (1923) auf 0,7 Prozent (1934).

Zwangsmaßnahmen zur Zeit der sowjetischen Besetzung förderten den Rückgang, welcher durch die gewaltsame Repatriierung von 10 000 Tschechen<sup>41</sup> in den Jahren 1945 bis 1948 seinen Höhepunkt erreichte. Eindeutschung, Geburtenrückgang und natürlicher Abgang verringerten die Minderheit auf 4875 (1952), beziehungsweise auf 4137 (1957) Mitglieder, wodurch sich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung Wiens auf 0,22 Prozent senkte. Das Wiener Tschechentum ist heute selbst in jenen Bezirken, in welchen eine ausgesprochen starke Unterwanderung stattgefunden hatte, wie folgende Tabelle veranschaulicht, kaum mehr erkennbar.

Bezirk	1910	1951 <sup>42</sup>
Favoriten	18 488	485
Fünfhaus	1 721	413
Ottakring	10 965	634
Brigittenau	9 266	366

Als im Februar 1948 die tschechische Republik in eine Volksdemokratie umgewandelt wurde, verlor die zum Aussterben verurteilte Minderheit ihre innere Verbundenheit mit der Heimat. Auch ihr Zusammengehörigkeitsgefühl erlosch durch die Spaltung in zwei politische Lager, in eine vollkommen unabhängige und in eine

<sup>39</sup> Gutkas 13.

<sup>40</sup> Gutkas 12.

<sup>41</sup> Österreich Lexikon 1169.

<sup>42</sup> Otruba, G.: Die Herkunft der Wiener Bevölkerung in den letzten 150 Jahren. Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien 13 (1957) 16.

die nachbarliche Staatsform tolerierende Gruppe. Die Tschechen, auf sich allein gestellt, beginnen ein Leben zu führen, das sich den staatlichen Interessen besser angleicht als je zuvor.

#### 4. Die Herkunft der Tschechen

Im 19. Jahrhundert verließ ein Großteil der tschechischen Bevölkerung seine Heimat, um sein Glück in der Fremde zu versuchen. Die Wandlung Wiens vom Handelszentrum zur Metropole, der Ausbau des Schienenverkehrs, die Erweiterung des Straßennetzes, die Industrialisierung des Wiener Beckens und die Gründung maschineller Fertigungsbetriebe im Donauraum führten zur Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze. Der höhere Lebensstandard, die bessere Löhnung — durchschnittlich zwölf bis vierzehn Gulden wöchentlich — und kürzere Arbeitszeit lockten die einkommensschwachen Schichten Böhmens und Mährens an. Die Wirtschaftskrisen auf dem gewerblichen (Böhmen 1870) und landwirtschaftlichen Sektor (Mähren 1890), wodurch die Existenz zahlreicher Bauern und Handwerker vernichtet wurde, förderten die Abwanderung. Die verkehrsmäßige Erschließung der nördlichen Nachbarländer Österreichs beschleunigte diesen Prozeß.

Nebst Bauern und Arbeitern, die die Konjunktur zu nützen gedachten, emigrierten Söhne und Töchter kinderreicher Familien, deren elterlicher Betrieb keine gesicherte Zukunft gewährleistete. In den siebziger Jahren ergriff dieser Prozeß die Gewerbetreibenden Böhmens, welche sich mangels entsprechenden Einkommens nicht zur Modernisierung ihrer Betriebe entschließen konnten. Zwei Jahrzehnte später wanderten, bedingt durch die Agrarkrise (1890), welche zur Verschuldung oder zum Verlust zahlreicher Höfe führte, die Grundbesitzer samt ihren Familienangehörigen aus. Die Hochkonjunktur wiederum ließ auch diejenigen ihren Wohnsitz wechseln, welche Wien von Ausflügen und Wanderungen, von Ferientaufenthalten und Besuchen bei Verwandten und Freunden oder vom Militärdienst her kannten. Die Verbesserung der Verkehrsmittel — die Züge nach Budweis entbehrten anfangs noch der Sitzbänke — ermöglichte auch älteren Jahrgängen, die beschwerliche Reise anzutreten. Um die Jahrhundertwende kamen schließlich auch jene, welche die Reichshauptstadt nur vom Hörensagen kannten.

Der Siedlungsraum der Tschechen entvölkerte sich bis zur Jahrhundertwende um mehr als fünf Prozent. Innerhalb der böhmischen Länder verzeichneten die rein deutschen Gebiete die geringsten, die gemischtsprachigen mehr und die rein tschechischen Landstriche die höchsten Einbußen. Im Verlauf dieser Jahrzehnte verloren diese Räume etwa zehnmal mehr Einwohner als die deutschen Gebiete. Immigranten aus dem Böhmerwald, Nordmähren und Nordschlesien waren seltener, wengleich die Erschließung dieser Landschaften durch die Nordbahn eher das Gegenteil vermuten ließe.

Die Entvölkerung erfaßte die nördlichen Grenzräume Niederösterreichs in höchst unterschiedlichem Maße. Sie ergriff die Agrargebiete Mährens bei weitem stärker als die gewerblichen Bezirke Böhmens. Denn hier verzeichneten lediglich zwei Bezirke (Neuhaus, Kamenitz), in Mähren hingegen sieben (Datschitz, Iglaue, Nikolsburg, Budwitz, Kromau, Neustadl, Znaim) einen Verlust von mehr als zehn Pro-

zent der ortsansässigen Bevölkerung<sup>43</sup>. In manchen Jahren, vornehmlich zur Zeit der Agrarkrise, erreichten die Auswanderungsziffern die Hälfte des natürlichen Bevölkerungszuwachses.

### 5. Die sozialbiologische Bevölkerungsstruktur

Die Einwanderung der nördlichen Fremdvölker Wiens ging, von größeren oder kleineren Schüben unterbrochen, in mehr oder minder kontinuierlicher Form vor sich. Doch nur ein Teil wählte Wien als dauerhaften Wohnsitz, meist diejenigen, welche in der Heimat ihren Betrieb verloren oder keine Aussicht auf Besitznachfolge hatten. Sie bildeten den Stamm der tschechischen Bevölkerung Wiens. Die übrigen Ortsfremden tschechischer Herkunft kehrten nach Hause zurück, sobald das angestrebte Ziel, möglichst rasch viel Geld zu verdienen, erreicht war.

Der großzügige Ausbau der Reichshauptstadt, der Wien zur Metropole reifen ließ, fand seinen Ausdruck in der hundertprozentigen Vermehrung der tschechischen Bevölkerung. Ihre Zahl stieg von 40 000 (1832) auf 83 000 (1856). Doch kaum war die Möglichkeit des raschen Gelderwerbs geschwunden, verringerte sich ihre Zahl auf 25 186 (1880). Die Industrialisierungswelle verdreieinhalbfachte ihre Substanz. Der Bau der Stadtbahn schließlich ließ ihre Zahl auf 103 000 Personen schnellen. Der Rückgang war geringfügiger (1910: 98 000), weil die Hochkonjunktur viele noch zum Bleiben veranlaßte.

Ihr Kontingent wird gewiß größer gewesen sein als die amtlich publizierten Zahlen. Allein der vorübergehende Aufenthalt der Bauarbeiter, des Gesindes beim meist adeligen Großgrundbesitz, der Lehrlinge, Studenten, Künstler und Militärpersonen läßt sich nicht ermitteln. Denn die Volkszählungen waren stets Ende Dezember, zu einer Zeit also, in welcher die tschechischen Saisonarbeiter Wien bereits verlassen hatten. Doch wie stark die Fluktuation in manchen Jahren war, wird daraus ersichtlich, daß sich die Mitgliederschaft einzelner tschechischer Vereine innerhalb von zwölf Monaten bis auf den letzten Mann veränderte.

Ein weiterer Prozentsatz fiel der Assimilierung zum Opfer. Diese ergriff vorwiegend die Handwerker und Gewerbetreibenden, weil die Eindeutschung ihrem Vorwärtskommen dienlich war. Vor allem die mährischen Einwanderer zeigten eine größere Assimilierungsbereitschaft als die böhmischen, weil diese nationalbewußter waren.

Die Immigranten beiderlei Geschlechtes waren Vertreter sämtlicher Altersstufen. Die folgende Tabelle<sup>44</sup> zeigt, daß die arbeitskräftigen Jahrgänge das Hauptkontingent bildeten. Der geringe Anteil der älteren Generation dürfte seine Ursachen in der Rückwanderung und Assimilation haben. Diese ergriff vornehmlich die Gewerbetreibenden, weil sie Vorteile daraus zogen, kaum die Arbeiterschaft, deren sozialer Status keine Veränderung erfuhr. Dieser Teil der Erwerbstätigen kehrte

<sup>43</sup> Hecke, W.: Volksvermehrung, Binnenwanderung und Umgangssprache in Österreich. Brünn 1914, Stichwort „Gebürtigkeit und Umgangssprache der Bewohner Wiens und NÖ.“, S. 16.

<sup>44</sup> Schubert, A.: Ziffern zur Frage des niederösterreichischen Tschecheneinschlages. Wien 1909, S. 15.

nach Hause zurück, sobald die Ersparnisse reichten, den heimatlichen Hof zu entschulden oder einen eigenen Gewerbebetrieb zu eröffnen. Lediglich jene Analphabeten, denen die Heimat keine ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeit bot, blieben in Wien, da sie hier eine — wenn auch nicht immer befriedigende — Beschäftigungsmöglichkeit fanden.

*Die Altersstufen der tschechischen Bevölkerung Wiens in den Jahren 1900/10*

Altersstufen		1900	1910
1—10 J.	18 928	18,2 %	18,2 %
11—20 J.	21 545	20,7 %	20,4 %
21—30 J.	29 252	28,1 %	28,4 %
31—40 J.	15 613	15,1 %	17,6 %
41—50 J.	8 926	8,5 %	7,5 %
51—60 J.	4 908	4,7 %	4,3 %
61—70 J.	2 645	2,5 %	2,5 %
71—80 J.	1 157	1,3 %	1,1 %

Darüber hinaus veranschaulicht die Aufstellung, daß die Einwanderung größeren Stils erst in jüngster Zeit erfolgte, denn den wenigen Tausend älteren Tschechen würde ein viel schwächerer Unterbau als der vorliegende entsprechen.

Ein Vergleich der Geschlechtergliederung offenbart, daß die Männer, von Abenteuerlust gepackt, eher den Weg in die unbekannte Ferne wagten als die Frauen, welche sich nicht so rasch entschließen konnten, ihre vertraute Umgebung zu verlassen. Infolgedessen entstand gar bald ein Männerüberschuß. Dieser betrug in den heiratsfähigen Altersklassen fast ein Viertel der tschechischen Männer dieses Alters. Ihm stand auf deutscher Seite ein Frauenüberschuß gegenüber. Die verstreute Siedlungsweise der Tschechen dürfte die Mischehen mit der eingessenen deutschen Bevölkerung noch gefördert haben, zumal die Eindeutschung den Selbständigen und Gewerbetreibenden zum Vorteil gereichte. Doch auch die Frauen neigten dazu, in deutsche Familien einzuheiraten, zumal die Eheschließung eine Verbesserung ihres sozialen Status bedeutete. Besonders den Zwanzigjährigen war es als Hausgehilfinnen, Lehr- und Dienstmädchen gelungen, in der Großstadt Fuß zu fassen, wobei die zivilisatorischen Annehmlichkeiten eine große Anziehungskraft ausgeübt haben dürften. Wem es allerdings nicht geglückt war, sich in jungen Jahren zu verheiraten, der mußte ledig bleiben. Die tschechischen Frauen dieser Kategorie überwogen. Bei den Siebzigjährigen war die Anzahl der Frauen schließlich dreimal so groß wie die Zahl der gleichaltrigen Männer. Auffallend hoch war im Vergleich mit der männlichen Bevölkerung die Zahl der verwitweten und geschiedenen Frauen, welche bei den zwanzigjährigen doppelt, bei den fünfzigjährigen dreimal und bei den sechzig- bis siebzigjährigen fünfmal so hoch war wie bei den Männern.

Ein Drittel der ortsansässigen Tschechen (31,2 Prozent) war verheiratet. Ein Fünftel aller Familien bevorzugte zwei Kinder, wie die Tabelle <sup>45</sup> zeigt, während

<sup>45</sup> E b e n d a 16.

ein Viertel aller Eheleute ein Kind für hinreichend erachtete. 27 Prozent der Familien blieben kinderlos. Einige (13 Prozent) erblickten in drei, wenige (7 Prozent) in vier Kindern das Glück der Ehe, mehr als fünf Kinder waren eine Seltenheit.

### *Die Kinderzahl der tschechischen Familien*

Kinder pro Haushalt	%
0	27,21
1	25,83
2	20,32
3	13,31
4	7,33
5	3,55
6—10	2,44
über 10	0,01

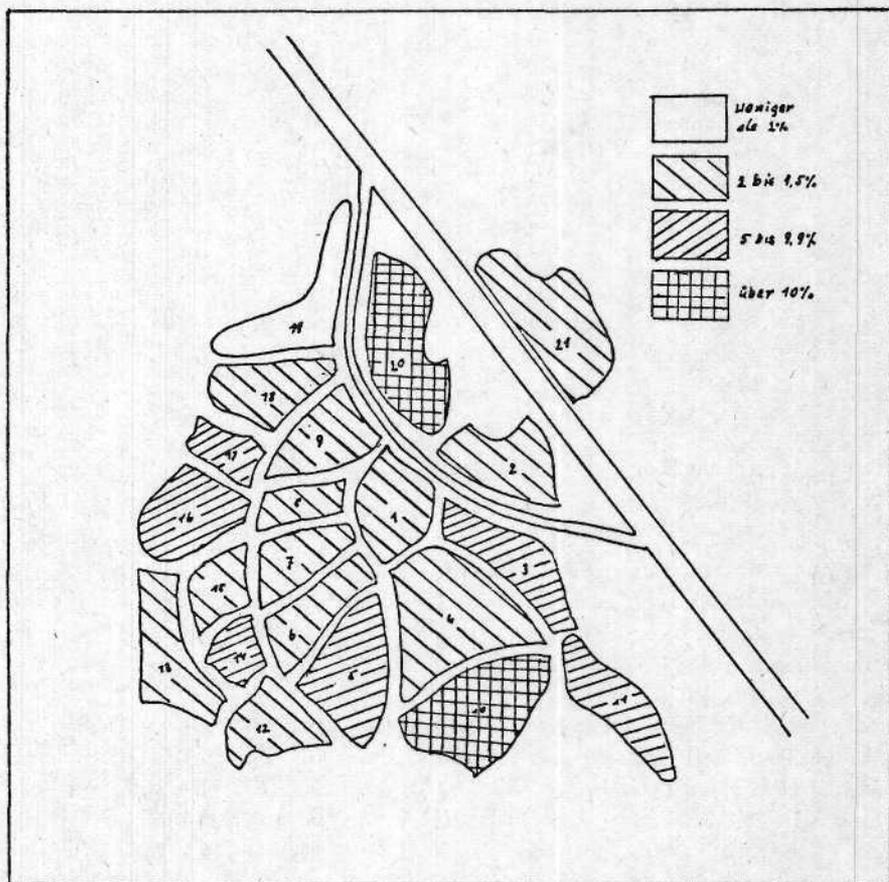
### *6. Das Siedlungswesen*

Die tschechische Zivilbevölkerung Wiens siedelte (Karte S. 31) über sämtliche Bezirke verstreut in mehr (Randgebiete) oder minder (Vorstädte) großer Dichte, meist in der Nachbarschaft ihrer Arbeitsplätze, wo sie nicht selten ganze Häuserblocks bewohnten. Nur wenige Bezirke (neun) zählten mehr als 3000 Tschechoslawen. Sie lagen im peripheren Stadtbereich, Standort mehrerer Großbetriebe der metallverarbeitenden Industrie. Vor allem die Vorstädte Landstraße und Ottakring erwiesen sich (Tafel S. 32) nebst kleineren Schwerpunkten in Hernals und Brigittenau (6000), in Margarethen und Rudolfsheim (5000) als ausgesprochene Ballungszentren. Doch den höchsten Prozentsatz verzeichnete Favoriten (18 488), wo knapp ein Fünftel der gesamten Wiener Tschechen (19,2 Prozent) wohnte, den niedrigsten hingegen der Villenbezirk Döbling (0,7 Prozent).

Die Minderheit verteilte sich, wie die letzte Spalte veranschaulicht, sehr unterschiedlich auf die einzelnen Bezirke. Im Durchschnitt entfielen auf ein Haus zwei Personen tschechischer Umgangssprache. Am ungünstigsten lagen die Verhältnisse in den mit tschechischen Handwerkern durchsetzten bürgerlichen Geschäfts-, Wohn- und Villenvierteln der deutschsprachigen Bevölkerung, vor allem in Döbling, wo in drei von zehn Häusern nur ein Tscheche wohnte. Ähnliche Bedingungen herrschten im Zentrum; in Hietzing und Währing, wo in acht, und in Floridsdorf — dem seit der Vergrößerung auch ländliche Gebiete angehörten —, wo in neun von zehn Häusern ein tschechischer Volksgenosse lebte. In allen übrigen Bezirken, in welchen die restlichen neun Zehntel ansässig waren, fand ein Tscheche im gleichen Haus wenigstens einen Sprachgenossen als Stütze zur Behauptung seiner nationalen Eigenart. Vorteilhaft gestalteten sich die Verhältnisse in den kleinbürgerlichen proletarischen Vierteln Margarethen, Fünfhaus, Hernals und Rudolfsheim, wo auf ein Haus durchschnittlich vier Tschechen entfielen. Doppelt so viele zählten ledig-

lich die Häuser der Proletarierviertel Favoriten, wo nebst einer beachtlichen Zahl von Industriearbeitern die halbe Belegschaft der Wienerberger Ziegeleien lebte, und Brigittenau, Wohnort der im Bahnwesen Beschäftigten.

Graphische Darstellung der Bevölkerungsdichte in den einzelnen Wiener Bezirken<sup>46</sup>  
1910



<sup>46</sup> Stadtplan entnommen aus A. Bohdal: Die Stadterweiterung Wiens 1857 und die im Wiener Stadtbauamt befindlichen Wettbewerbspläne für die Erweiterung, Wien 1931.

## Die tschechische Zivilbevölkerung Wiens 1900—1910

Bezirk	1900 <sup>47</sup>	1910 <sup>48</sup>	A	B	C
1. City	930	1 097	1,1	40	0,8
2. Leopoldstadt	5 532	6 329	6,6	20	2,0
3. Landstraße	9 244	7 164	7,4	19	3
4. Wieden	1 595	1 385	1,4	39	1
5. Margarethen	5 667	4 761	4,9	19	3
6. Mariahilf	2 018	1 641	1,7	33	1
7. Neubau	2 398	2 118	2,2	30	2
8. Josefstadt	1 722	1 662	1,7	28	2
9. Alsergrund	2 968	3 131	3,5	28	2
10. Favoriten	23 437	18 488	19,2	7	8
11. Simmering	2 079	2 606	2,7	15	2
12. Meidling	3 852	4 148	4,3	22	2
13. Hietzing	1 960	2 869	3,1	37	0,8
14. Rudolfsheim	5 908	4 945	5,2	17	4
15. Fünfhaus	2 294	1 721	1,8	23	3
16. Ottakring	11 039	10 956	11,4	14	4
17. Hernals	6 568	6 263	6,5	14	3
18. Währing	3 343	2 220	2,3	36	0,8
19. Döbling	1 284	632	0,7	73	0,3
20. Brigittenau	6 874	9 226	9,6	9	8
21. Floridsdorf	?	2 710	2,8	26	0,9

A: Anzahl der auf einen Bezirk entfallenden Tschechen in Prozenten

B: Anzahl der auf einen Tschechen entfallenden Deutschen

C: Anzahl der auf ein Haus entfallenden Tschechen

Die verstreute Siedlungsweise, die in manchen Bezirken Wiens den geselligen Verkehr mit den Volksgenossen — wie die vorletzte Spalte zeigt — auf ein Minimum (Mariahilf, Neubau, Josefstadt, Alsergrund, Floridsdorf) beschränkte, wenn nicht ganz unterband (Hietzing, Döbling, Wieden, Währing), förderte die Mischchen mit der eingewohnten deutschen Bevölkerung. Darüber hinaus herrschte, wie schon erwähnt, auf tschechischer Seite ein Männer-, auf deutscher Seite ein Frauenüberschuß, welcher die Verflechtung beider Volksgruppen begünstigte. Denn gerade in den heiratsfähigen Altersstufen von 21 bis 50 Jahren betrug der Überschuß der tschechischen Männer dieses Alters ein Viertel.

Die Minderheit lebte größtenteils in Haushaltsgemeinschaften. Nur ein Viertel der Zuwanderer war verheiratet, woraus sich auch die geringe Nachkommenschaft erklären läßt. Die übrigen wohnten als Dienstboten, Astermieter oder Bettgeher bei ihren Arbeitgebern. Es ist beachtlich, daß fast ein Achtel aller in Haushalten lebenden Tschechen, wie die Tabelle<sup>49</sup> zeigt, kein anderes Heim ihr Eigen nannte als eine Schlafstelle bei fremden Leuten.

<sup>47</sup> Pfaundler, R.: Die Zahl der Tschechen in Wien. Deutsche Erde 10 (1911) 102.

<sup>48</sup> Winkler, W.: Die Tschechen in Wien. Flugblätter für Deutschösterreichisches Recht, Wien 1919, Nr. 39, S. 17.

<sup>49</sup> E b e n d a 24.

Bei 100 in Haushalten lebenden Personen entfielen auf die Stellung im Haushalt:

Haushaltsvorstand	20,8 ‰
Ehegatte	16,2 ‰
Kind	23,3 ‰
Pflegekind	0,3 ‰
Dienstbote	6,3 ‰
Gesinde	6,9 ‰
Arbeiter	5,2 ‰
Bettgeher	11,8 ‰

*Niederösterreich - Land:* Die tschechischen Immigranten Niederösterreichs arbeiteten (s. u. Tabelle) größtenteils in den Industriebetrieben des Alpenvorlandes, vorwiegend im Raum Sankt Pölten (St. Pölten, Herzogenburg, Stattsdorf, Harland), Melk (Leiben, Neuda) und Amstetten (Ulmerfeld), ferner in den Fabriksorten des Donautales (Stein, Stockerau, Korneuburg) und des Wiener Beckens. Hier konzentrierten sie sich auf die Bezirke Mödling, Schwechat und Ebreichsdorf, während sie sowohl in den Landdistrikten des Kerngebietes (Ebreichsdorf, Bruck) und seinen Ausläufern (Hainburg, Wiener-Neustadt) als auch im Gebirgsbereich (Klosterneuburg, Purkersdorf, Pottenstein, Gutenstein, Neunkirchen, Gloggnitz), von den Industriezentren längs der Südbahnlinie (Traiskirchen, Felixdorf, Sollenau, Ternitz, Wimpassing), des Triestingtales (Berndorf, Fahrafeld) und des Pernitzer Kessels (Wipfelhof) abgesehen, fast gänzlich fehlten. Den Schwerpunkt allerdings bildeten die Ortschaften im Süden und Südosten Wiens, seit die zahlreichen kleineren, über das Land verteilten Ziegeleien auf einige Großbetriebe vereint worden waren, weshalb die in Favoriten siedelnden Tschechen im Volksmund nicht selten „Ziegelböhm“ genannt wurden. Die Gemeinden Leopoldsdorf (71 Prozent), Vösendorf (90 Prozent), Rothneusiedl, Neukettenhof und Wiener-Neudorf (71 Prozent) verzeichneten starke Minderheiten (mehr als 25 Prozent), während die Tschechen in Hennersdorf (92 Prozent) über die absolute Mehrheit verfügten.

Die Verteilung der Tschechen auf die Gerichtsbezirke N. Ö.

Gerichtsbezirke	Viertel ober dem Wienerwald		
	A	B	G
Amstetten	45	2	23
Ybbs	44	5	31
Melk	93	18	318
Waidhofen	67	7	33
Scheibbs	234	9	24
Mank	232	26	148
Mautern	52	10	72
Herzogenburg	102	8	58
Atzenbrugg	74	2	7
Tulln	52	7	40
Neulengbach	165	15	113
St. Pölten	225	19	449
Lilienfeld	44	7	54

## Viertel unter dem Wienerwald

Gerichtsbezirke	A	B	G
Klosterneuburg	7	4	154
Purkersdorf	24	9	244
Mödling	27	16	3195
Baden	44	15	349
Schwechat	28	24	2536
Hainburg	15	5	116
Bruck	18	7	243
Ebreichsdorf	21	13	1103
Portenstein	44	7	155
Wiener Neustadt	60	7	398
Gutenstein	37	4	201
Neunkirchen	87	5	72
Gloggnitz	51	9	100

A: Anzahl der Orte eines Gerichtsbezirkes

B: Anzahl der Orte mit tschechischer Minderheit

G: Anzahl der im Gerichtsbezirk siedelnden Tschechen

Aus: Wiener Slawen. Statistik und Organisation. Wien 1910, S. 53.

In den übrigen Gebieten wohnten mährische oder slowakische Bauern, erst vereinzelt, später in größerer Zahl. Denn der Erwerb der bäuerlichen Besitzungen wurde durch Banken und Sparkassen regelrecht organisiert, wobei die Živnostenská Banka eine überragende Rolle spielte. Sie unterhielt in Wien eine Filiale mit einigen Exposituren auf dem Lande.

Die Tschechen bevölkerten vorwiegend, wie die Tafel auf der folgenden Seite zeigt, die Bezirke Schrems und Weitra, wo die Ortschaften Beinhöfen, Schwarzach, Rottenschachen und Tannenbruck absolute Mehrheiten besaßen, während in Unterwielands mehr als 25 Prozent, in Böhmerzeil und Eibenstein mehr als zehn Prozent der Dorfgenossen tschechischer Herkunft waren. Die übrigen verteilten sich in geringer Dichte auf die nördlichen Grenzbezirke des Wald- (Litschau, Dobersberg, Raab, Geras) und Weinviertels (Retz, Haugsdorf, Hollabrunn, Laa, Poysdorf). Allerdings bevorzugten sie mehr die Flachgebiete längs der Thaya und der Pulkau, während sie das Hochland (Allentsteig, Zwettl, Gföhl, Eggenburg) eher mieden.

Kleinere geschlossene Kolonien existierten im Gebiet Lilienfeld im Alpenvorland, ferner bei Neulengbach und Böheimkirchen und schließlich bei Loosdorf (Hürm, Inning, Reithen); größere, meist slowakischer Herkunft, in den östlichen Grenzbezirken längs der March. Doch während sie in Asparn (Mistelbach), Dürnkrot und Hohenau (Zistersdorf) den zehnten, in den Marchfeldsiedlungen Eßlingen (Großenzersdorf), Rutzendorf, Kopfstetten und Untersiebenbrunn (Marchegg) den vierten Teil der Ortsbevölkerung stellten, dominierten sie in den Ortschaften Altrperau (Laa), Bischofswarth, Ober- und Unterthemenau (Feldsberg), weshalb diese Gebiete auch abgetreten werden mußten, als das Reich zerfiel.

## 7. Das Berufswesen

Die tschechischen Berufstätigen Wiens zur Zeit der Jahrhundertwende verteilten sich laut Statistik <sup>50</sup>, die einen Blick in die berufliche und soziale Struktur der Minderheit vermittelt, auf alle Berufssparten, konzentrierten sich aber doch mehr auf

## Viertel ober dem Manhartsberg

Gerichtsbezirk	A	B	G
Weitra	82	13	209
Schrems	64	25	3764
Litschau	37	13	158
Dobersberg	47	12	104
Raabs	59	15	131
Geras	40	10	40
Allensteig	75	4	23
Zwettl	92	4	21
Horn	69	9	35
Gföhl	59	2	6
Langenlois	28	5	31
Krems	44	4	146
Persenbeug	66	6	66

## Viertel unter dem Manhartsberg

Gerichtsbezirk	A	B	G
Retz	32	12	194
Haugsdorf	16	4	52
Laa	49	27	617
Poysdorf	16	12	202
Eggenburg	41	10	76
Oberhollabrunn	67	15	300
Kirchberg	46	2	45
Stockerau	51	26	532
Korneuburg	30	6	373
Feldsberg	18	16	6069
Mistelbach	41	16	482
Zistersdorf	30	13	888
Matzen	30	11	356
Marchegg	26	12	892
Wolkersdorf	23	4	31
Großenzersdorf	32	30	1032

A: Anzahl der Orte eines Gerichtsbezirkes

B: Anzahl der Orte mit tschechischer Minderheit

G: Anzahl der im Gerichtsbezirk siedelnden Tschechen

<sup>50</sup> E b e n d a 22.

die handwerklichen und maschinellen Fabrikationszweige, wo mehr als 70 Prozent der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt waren. Den übrigen bot das Handels- und Verkehrswesen (13,8 Prozent), teils der öffentliche Dienst (12,2 Prozent) und in geringerem Maße die Land- und Forstwirtschaft (0,5 Prozent) entsprechendes Auskommen.

Berufsklassen	absolut	%
Industrie und Gewerbe	72 340	75,5
Handel und Verkehr	13 606	13,8
Öffentlicher Dienst	12 018	12,2
Land- und Forstwirtschaft	466	0,5

Die Erwerbstätigen beiderlei Geschlechts gehörten zu knapp vier Fünftel, wenngleich sie in allen Berufsgruppen in mehr (Selbständigen Sektor) oder minder (Beamtensektor) großer Zahl vertreten waren, der Arbeiter- und Bedientenschicht an. Sie, die aus wirtschaftlichen Notstandsgebieten stammten, waren aufgrund ihrer niedrigen sozialen Herkunft geradezu prädestiniert, sich als Arbeiter, Tagelöhner oder Hausdiener, als Köchin, Amme, Bedienerin oder Stubenmädels, in welcher Sparte allein ein Achtel der in Haushalten wohnenden Personen (12 000) beschäftigt war, zu verdingen.

Berufsgruppen	% <sup>51</sup>
Selbständige und Pächter	17,0
Beamte und Angestellte	3,6
Arbeiter und Tagelöhner	69,4
Hilfsarbeiter	0,3
Dienstboten	9,7

Die Arbeiterschaft stellte, wie die folgende Darstellung<sup>52</sup> erhellt, rund 86 Prozent aller im industriellen Bereich Beschäftigten, ferner die Hälfte der in der Land- und Forstwirtschaft und zwei Fünftel der im Handels- und Verkehrswesen Berufstätigen. Die Dienstboten bildeten die zweitstärkste Berufsgruppe. Sie arbeiteten vorwiegend auf den herrschaftlichen Besitzungen, ferner in den Villen und Palästen der Aristokratie und des wohlhabenden Bürgertums. Die übrigen fanden ihr Auskommen durch die Einkünfte, die sie im Transportwesen erzielten. Die Angestellten dominierten im Handelswesen, die Selbständigen im Öffentlichen Dienst. Doch dürfte ihr Anteil (41,9 Prozent) angesichts der großen Zahl der Arbeitslosen — 6,5 Prozent im Jahre 1900<sup>53</sup> — weitaus niedriger gewesen sein. Denn diese versuchten sich als „Selbständige“ im weiteren Sinne in Lohndiensten wechselnder Art, bevor sie überhaupt auf jedwede Erwerbstätigkeit verzichteten, auch wenn sich hierdurch keine dauerhafte Einnahmequelle erschloß.

<sup>51</sup> Ebenda.

<sup>52</sup> Ebenda 21.

<sup>53</sup> Schubert 107.

## Die soziale Stellung der Berufstätigen innerhalb der einzelnen Berufsgruppen (1910)

Berufsgruppen	A	B	C	D
Arbeiter, Tagelöhner	50,0	85,7	36,8	26,1
Dienstboten	37,2	3,7	23,6	22,9
Angestellte	2,6	0,9	11,6	9,0
Selbständige	9,6	9,5	27,1	41,9
Hilfsarbeiter	0,6	0,2	0,9	0,1

A: prozentuales Verhältnis zur Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft

B: in der Industrie

C: im Handels- und Verkehrswesen

D: im Öffentlichen Dienst

Das Anordnungsschema wurde vom Verfasser geändert

Sie arbeiteten, wie die folgende Aufstellung<sup>54</sup> veranschaulicht, in den zahlreichen industriellen (30 891) und gewerblichen (23 043) Groß- und Kleinbetrieben, vornehmlich im Bekleidungs-gewerbe, in welchem allein drei Zehntel der Berufstätigen beschäftigt waren, ferner in der Holz- und Kautschukverarbeitung und im Baugewerbe. Kleiner war die Zahl der Werk-tätigen in der Metallverarbeitung, minimal hingegen ihr Anteil an den übrigen Produktionszweigen der Nahrungsmittel-, Maschinen- und Steinindustrie. Besonders beliebt waren für einen Teil der schaffenden Minderheit die Dienste, die teils in abhängiger (Hausdienerschaft), teils in selbständiger (Dienst-männer) Stellung geleistet wurden.

Berufszweige	absolut	Prozent
Bekleidungs-gewerbe	17 194	27,6
Holz- u. Kautschukverarb.	6 155	9,8
Hausdienerschaft	6 023	9,6
Baugewerbe	4 964	7,9
Metallverarbeitung	4 104	6,6
Nahrungsmittelindustrie	2 053	3,3
Industrie in Steinen	2 030	3,3
Lohndienste	1 957	3,1
Maschinenindustrie	1 916	3,1
Berufslose	1 799	2,9

Die Berufstätigen der verschiedenen Einkommenszweige gliederten sich in Selbständige (ein Achtel), Pächter (zwei Achtel), Lehrlinge und Arbeitnehmer (fünf Achtel). Wenngleich die letzten Sparten, wie bereits erwähnt, überwogen, spielten die ersteren in manchen Berufszweigen eine bedeutende Rolle. Vor allem in der Bekleidungsindustrie, der führenden gewerblichen Produktion, bildeten die Schnei-

<sup>54</sup> Winkler 23.

der, ferner noch die Schuster, obwohl ihr Anteil nur halb so groß war, in gewisser Weise auch die Hutmacher, wie die Aufstellung<sup>55</sup> zeigt, das Hauptkontingent aller Selbständigen. Ähnliche Verhältnisse herrschten in der Holzverarbeitung, wo die Tischler und Drechsler dominierten. Von den übrigen Handwerkern betätigten sich rund fünf Prozent als Fleischer und Selcher, als Tapezierer oder Maler, rund drei Prozent als Schlosser oder Kürschner, die restlichen als Bäcker, als Spengler oder Hafner, Bürstenmacher oder Maurer.

Berufe	absolut	Prozent
Schneider	86	33,0
Schuster	44	17,1
Tischler/Drechsler	44	17,1
Hutmacher	20	7,8
Tapezierer	13	5,0
Fleischer/Selcher	12	4,9
Maler	11	4,3
Kürschner	8	3,1
Schlosser	7	3,1
Bäcker	3	1,1
Bürstenmacher	3	1,1
Spengler	3	1,1
Hafner	2	1,0
Maurer	2	1,0

Wie sehr einzelne Berufszweige gefragt waren, läßt sich aus der folgenden Aufstellung<sup>56</sup> ersehen, so daß einige innerhalb dreier Jahrzehnte einen eineinhalb- (Tischler) oder gar dreieinhalbfachen Anstieg (Schuster, Schlosser) ihrer Mitglieder verzeichneten.

	1850	1880
Schuster	3	11
Schlosser	2	7
Tischler	7	10
Schneider	8	10

Dies veranlaßte Publizisten, auf die Gefahren hinzuweisen, welche dem deutschen Handwerk drohten. In manchen Berufssparten, schreibt einer von ihnen, sei bereits der Fall eingetreten, „daß ein Wiener Bursche selbst nach langem Herumsuchen keinen Lehrplatz mehr findet. Die Meister sind Tschechen, die Gesellen sind Tschechen und diesen ist ein tschechischer Lehrjunge viel sympathischer als ein deutscher“<sup>57</sup>.

<sup>55</sup> Wiener Slawen. Statistik und Organisation der Tschechoslawen in Wien und Niederösterreich Land. Wien 1910.

<sup>56</sup> Mais 65.

<sup>57</sup> Hackl, St.: Der Rückgang des Wienertums. Deutsches Volksblatt vom 29. 1. 1911, S. 18.

Die Befürchtung, das Tschechentum werde bald die wichtigsten Herstellungszweige beherrschen, war — wie die Tabelle unten<sup>58</sup> zeigt — nicht aus der Luft gegriffen. Denn während sich der tschechische Anteil seit 1780<sup>59</sup> in kontinuierlicher Form vermehrt hatte, war der deutsche im gleichen Prozentsatz (30 Prozent) gesunken. Im Ledergewerbe, um nur ein Beispiel zu erwähnen, lag der Anteil 1780 deutscherseits bei 89 Prozent, während sich die restlichen elf Prozent auf die verschiedensten Nationen verteilten, die slawischen ausgenommen. Hundert Jahre später (1887) war der deutsche Anteil auf 73 Prozent gefallen, der slawische hingegen um zwanzig Prozent gestiegen.

Das Vordringen des tschechischen Handwerkes wurde begünstigt durch die Einstellung der Jugend, welche angesichts des raschen Gelderwerbs in den Fabriken nicht gewillt war, die Mühsale einer langjährigen Ausbildung auf sich zu nehmen. Andererseits trachteten viele Familien danach, ihren Söhnen mit „a bißl Protektion“ Stellen zu verschaffen, wo „nicht gar so viel verlangt wurde“<sup>60</sup>. Infolgedessen entstand gar bald ein Lehrlingsmangel, den die deutschen Handwerker durch die Einstellung tschechischer Lehrbuben zu kompensieren suchten.

Nebst den Handwerkern, welche unter den Selbständigen an erster Stelle rangierten, bildeten die Händler und Verkäufer einen wichtigen Faktor. Sie waren meist Besitzer von Textilgeschäften, sofern sie nicht von den Einkünften des Gastgewerbes oder vom Spirituosenhandel lebten. Unter den Freiberuflichen dominierten die Ärzte und Advokaten. Doch waren die Tschechen auch in anderen Berufen, wenn auch seltener, vertreten. Sie arbeiteten als Baumeister, Photographen oder Kapellmeister, wie die Aufstellung (S. 40) deutlich macht<sup>61</sup>.

Der deutsche und slawische Anteil an den Berufsparten  
des Wiener Handwerks und Gewerbes (1887)

Berufe	Dt.	Slaw.
Schuster	52 0/0	44 0/0
Schneider	54 0/0	41 0/0
Kürschner	55 0/0	39 0/0
Riemer	62 0/0	35 0/0
Sattler	67 0/0	26 0/0
Hutmacher	68 0/0	25 0/0
Friseur	68 0/0	24 0/0
Taschner	70 0/0	23 0/0
Fächermacher	67 0/0	21 0/0
Lederfabrikant	73 0/0	20 0/0
Parfümerie	72 0/0	17 0/0
Handschuhmacher	80 0/0	13 0/0
Puderverfertiger	78 0/0	12 0/0
Gerber	83 0/0	10 0/0

<sup>58</sup> Mayer, A.: Über eine historische Ethnographie Wiens. Wiener Communalcalender und Städt. Jahrbuch 27 (1889) 299.

<sup>59</sup> E b e n d a.

<sup>60</sup> L u s t i g, K.: Die Tschedisierung Wiens und das deutsche Handwerk. Deutsche Schutzvereinszeitung, Wien 1911, Nr. 6, S. 17.

<sup>61</sup> Wiener Slawen.

Berufszweige	absolut	Prozent
Handwerker	256	45,3
Händler	50	8,8
Verkäufer	134	23,7
Freiberufliche	64	11,1
Sonstige	63	11,1

Berufe	absolut	Prozent
Gastwirt	66	49,3
Kaffeehausbesitzer	13	9,7
Textilgeschäftsbesitzer	38	28,3
Papierwarengeschäftsbesitzer	11	8,2
Nähmaschinen-geschäftsbesitzer	6	4,4
Schnapshändler	19	3,8
Wäschehändler	20	40,0
Musikalienhändler	4	8,0
Buchhändler	3	6,0
Ärzte	29	45,0
Advokaten	14	21,8
Fotographen	10	15,6
Baumeister	8	12,5
Kapellmeister	2	3,1

Die tschechischen Erwerbstätigen Niederösterreichs waren, wie die Aufstellung zeigt<sup>62</sup>, größtenteils in den Fabriken und Ziegeleien beschäftigt, aber auch in der Land- und Forstwirtschaft, teils als Arbeiter auf den grundherrlichen Gütern<sup>63</sup>, teils als Bauern auf dem selbst erworbenen Hof.

#### Die Verteilung der berufstätigen Tschechen Niederösterreichs

Berufsklassen	absolut	Prozent
Industrie u. Gewerbe	13 849	53,8
Land- u. Forstwirtschaft	9 436	36,7
Handel u. Verkehr	2 187	8,5
Öffentlicher Dienst	207	0,8
Freiberufliche	29	0,2
Gesamt	25 708	100,0

Verschwindend gering war die Zahl jener Tschechen, welche als Beamte und Angestellte in den verschiedenen staatlichen und kommunalen Ämtern tätig waren. Die Möglichkeit, die staatliche Laufbahn zu ergreifen, stand wohl jedem Tschechen offen, wenn er die deutsche Sprache beherrschte und fachlich befähigt war. Doch das Gros der Immigranten war gänzlich ungebildet. Sie hatten aufgrund ihrer sozialen Herkunft auch nicht die Mittel, eine diesbezügliche Ausbildung in Erwägung zu ziehen.

<sup>62</sup> E b e n d a.

<sup>63</sup> Namentlich aufgeführt etwa 60 Personen bei Schubert 96 f.

Die meisten Tschechen waren, wie die folgende Zusammenstellung zeigt <sup>64</sup>, in den Ministerien für Landesverteidigung, Kriegs- und Justizwesen beschäftigt. Darüber hinaus hatten noch das Verwaltungsgericht und die beiden Ministerien für Kultus und Inneres starke tschechische Belegschaften. Doch darf man nicht außer acht lassen, daß nur wenigen gegönnt war, höhere Stellen <sup>65</sup> zu erlangen. Der bei weitem größere Teil bekleidete die untersten Dienstränge, die im Rechnungs- und Kanzleiwesen als Konzipienten oder Vizesekretäre beschäftigt waren.

#### Die deutschen und tschechischen Beamten in den Wiener Ministerien (1914)

Ministerien	dt.	tsch.
Inneres	187	31
Unterricht	109	17
Justiz	77	31
Verwaltungsgericht	53	10
Finanzen	224	24
Handel	1915	128
Öffentl. Arbeiten	613	99
Eisenbahnen	406	67
Ackerbau	117	16
Landesverteidigung	225	80
Kriegsministerium	419	91
Außeres	396	55
Gesamt	4772	653

Die übrigen Beamten und Angestellten wirkten in ähnlichen Funktionen bei öffentlichen oder privaten Institutionen. Einer Aufstellung <sup>66</sup> aus der Jahrhundertwende zufolge war die Mehrzahl der Wiener tschechischen Beamten, vom Staatsdienst abgesehen, im Bahn- und Verwaltungswesen tätig. In Niederösterreich bildete der herrschaftliche Großgrundbesitz den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit.

#### Die Verteilung der tschechischen Beamten und Angestellten auf die öffentlichen und privaten Institutionen (1900)

Arbeitgeber	Wien	N.Ö.
Staat	7 942	582
Gemeinde	1 050	91
Kirchen	431	145
Bahnwesen	2 248	75
Banken		406
Großgrundbesitz	108	5 629

<sup>64</sup> Schneefuß, W.: Demokratie im alten Österreich. Klagenfurt 1949, S. 144.

<sup>65</sup> Im Jahre 1909 zählten die Wiener Magistrate 23 Abgeordnete und 105 Armenräte; aus Walter, F.: Wien. Die Geschichte einer Großstadt an der Grenze. Wien 1944, Bd. 3, S. 397.

<sup>66</sup> Ricek, L. von: Der gewerbliche Nachwuchs in nationaler Sicht. Deutsche Erde 9 (1910) 197 f.

## 8. Das Bildungswesen

Die Errichtung tschechischer Volksschulen verfolgte den Zweck, der Germanisierung tschechischer Siedler Einhalt zu gebieten. Ihre niedrige soziale Stellung und ihre wirtschaftliche Abhängigkeit zwangen sie zu möglichst rascher Anpassung an die Umgebung. Das Fehlen einer sie kulturell stützenden Intelligenzschicht erleichterte die Eindeutschung außerordentlich. Doch weder der 1868 gegründete Wiener tschechische Arbeiterverein<sup>67</sup>, der sich auf die Fabrikarbeiter stützte, welche größere nationale Widerstandskraft als die böhmischen Handwerker in den Wiener Kleinbetrieben zeigten, noch der mehr zur körperlichen Ertüchtigung gegründete Sokol konnten die zur Erhaltung des völkischen Eigenlebens erforderliche Widerstandskraft vermitteln. Darüber hinaus wurde die Eingliederung in den deutschen Volkskörper durch den Besuch deutscher Schulen gefördert, weshalb seitens der Tschechen gar bald der Wunsch nach einer Schule mit tschechischer Unterrichtssprache erwachte.

Infolgedessen wurde 1872<sup>68</sup> die Unterrichtsabteilung des Arbeitervereins als tschechischer Schulverein Komenský verselbständigt. Dem Schulausschuß fiel die Aufgabe zu, die Errichtung einer privaten Volksschule im zehnten Bezirk durchzusetzen. Doch der niederösterreichische Landesschulrat war nicht gewillt, das diesbezügliche Ansuchen zu befürworten. Denn hinter der pädagogischen Absicht, den Kindern die Erlernung der deutschen Sprache aufgrund ihrer Muttersprache zu erleichtern, verbarg sich geschickt das eigentliche politische Fernziel, Wien und Niederösterreich zu gemischtsprachigen Gebieten zu erklären. Nach langen Verhandlungen allerdings gelang es, das als Berufungsinstanz befragte Unterrichtsministerium von der lauterer Absicht zu überzeugen. Am 16. September 1883<sup>69</sup> wurde die erste tschechische private Volksschule Wiens als sichtbares Zeichen erwachenden Widerstandes gegen die eindeutschende Kraft eröffnet.

Durch diesen Erfolg ermutigt, forderten die Tschechen das Öffentlichkeitsrecht für ihre Lehranstalt. Vor allem wollten sie erreichen, daß ihre Schule staatlich gültige Zeugnisse ausstellen durfte. Dieser Entschluß stieß allerdings auf die einhellige Ablehnung aller maßgeblichen Stellen. Weder der Landesschulrat noch das Unterrichtsministerium waren gewillt, das Vorhaben zu unterstützen. Aber nichts vermochte die Tschechen zu hindern, den einmal gefaßten Plan zu verwirklichen. Von Bittschriften tschechischer Familienväter über eine ausgedehnte Propaganda in der Presse bis zu politischen Vorstößen im Reichsrat wurden alle Mittel eingesetzt, doch erreichten sie vorerst nur das Gegenteil. Denn am 30. Dezember 1896<sup>70</sup> wurde im Landtag — aufgrund eines Antrages des deutschnationalen Abgeordneten Robert Kolisko — der einstimmige Beschluß gefaßt, den Landesauschuß aufzufordern, in kürzester Frist ein Gesetz vorzulegen, welches die deutsche Sprache als alleinige Unterrichtssprache an allen Volks- und Bürgerschulen Niederösterreichs vorsehen sollte. Es nützte den Tschechen auch nichts, daß sie am 7. Jänner

---

<sup>67</sup> Otruba 247.

<sup>68</sup> Österreich Lexikon 1169.

<sup>69</sup> Walter 395.

<sup>70</sup> Ebenda.

1897<sup>71</sup>, nachdem der Kaiser die Sanktion der Lex Kolisko verweigert hatte, im Reichsrat die Resolution durchsetzten, die von der Regierung verlangte, das Öffentlichkeitsrecht der Komenskýschule eingehenden Erörterungen zu unterziehen. Sie erreichten lediglich, daß die nationale Frage, durch Badenis Mißgriff der Sprachenverordnung aufgeworfen, auch die Reichshauptstadt in den Brennpunkt des politischen Geschehens rückte.

Die Lehranstalt allerdings erhielt trotz aller Interventionen der Tschechen kein Öffentlichkeitsrecht. Sämtliche Regierungen von Gautsch (1897) bis Stürgkh (1916) lehnten, teils durch politische Nöte gezwungen, teils aus taktischen Gründen, es ab, sich in dieser Angelegenheit zu engagieren. Ermöglicht wurde diese für beide höchst unbefriedigende Lösung durch die Haltung der christlichsozialen Partei, die wohl geschlossen für den Antrag stimmte, sich aber nicht um die Verwirklichung bemühte, selbst dann nicht, als ihr politischer Einfluß die Realisierung dieser Pläne ermöglicht hätte.

Denn die Einwanderung der Tschechen, ihr nationaler Zusammenschluß und sozialer Aufstieg erreichte gerade in der Ära Luegers ihren Höhepunkt. Dank seiner Schutzmethoden konnte sich das tschechische Vereinsleben erst richtig entfalten. Nebst den von alters her existierenden Geselligkeits- und Sportvereinen bestanden zahlreiche politische, kirchliche und gewerkschaftliche Organisationen. Er erwies sich auch sonst, wohl aus wahltaktischen Motiven, sehr großzügig. Er förderte die Errichtung tschechischer Banken und Sparkassen und genehmigte die Instituierung mehrerer Vereinshäuser. Auch Tageszeitungen, Wochen- und Monatschriften erschienen in großer Auswahl. Der Komenskýverein wiederum erhielt das Recht, vier Sprachschulen und zwei Kindergärten ins Leben zu rufen, welche von der Gemeinde Wien subventioniert wurden.

Die Folgen seiner Duldsamkeit wurden offenkundig, als man 1909<sup>72</sup> feststellte, daß im Gemeinderat fünf und in den Bezirksvertretungen 23 tschechische Abgeordnete amtierten, während die Gemeinde nebst 105 Armenräten 1051 Angestellte beschäftigte. Vermutlich fehlte dem Bürgermeister Lueger, dessen persönliche Einstellung sich in seinem Ausspruch: „Laßt mir meine Böh in Ruh“<sup>73</sup> manifestiert, die Einsicht, die tschechischen Ziele klar zu erkennen. Denn seit dem Erlaß vom 24. Juni 1908<sup>74</sup> durften die Lundenburger Lehrer ihre Prüfungen in Wien abhalten. Die Schüler waren nicht mehr gezwungen, nach Lundenburg zu fahren, um staatlich gültige Zeugnisse zu erlangen. Doch erst unter dem Druck der deutschen Propaganda erklärte er sich bereit, sich für die gesetzliche Verankerung der deutschen Unterrichtssprache einzusetzen. Am 8. Jänner 1909<sup>75</sup> wurde der Antrag des Abgeordneten Julius Axmann, der sich inhaltlich mit der Lex Kolisko deckte, in der ersten Sitzung des neugewählten Landtages mit überwältigender Mehrheit, trotz der Gegenstimmen der Sozialdemokraten, bestätigt.

---

<sup>71</sup> Ebenda 396.

<sup>72</sup> Ebenda 397.

<sup>73</sup> Otruba 247.

<sup>74</sup> Gutkas 12.

<sup>75</sup> Ebenda.

Als die Verwirklichung auf sich warten ließ, ergriffen die Tschechen, durch den Erlaß ermuntert, die Initiative, in ihrer Enklave Unterthemenau, das 1900 eine tschechische Mehrheit <sup>76</sup> von 94 Prozent verzeichnete, eine Volksschule zu errichten. Aber die deutschen Schutzvereine waren nicht gewillt, dieser Entwicklung tatenlos zuzusehen. Sie erreichten schließlich, nachdem es zu schweren Ausschreitungen gekommen war, die Schließung der Lehranstalt. Ihr Eingreifen war allerdings gesetzeswidrig gewesen. Aufgrund eines vom Kabinett Bienenrth (1909) verabschiedeten Gesetzes <sup>77</sup> war den Tschechen nämlich zugesichert worden, daß an bisherigen Gewohnheiten nicht gerüttelt werde. Die tschechische Sprache sollte überall dort, wo sie bis zur Jahresmitte gleichzeitig auch Amtssprache gewesen war, in Verwendung bleiben. Andererseits schien den Tschechen entgangen zu sein, daß ihre Petition nur deshalb so rasch Gehör gefunden hatte, weil man Wähler für die Landtagswahl (1908) gewinnen wollte.

Die Lex Kolisko ließ sich auch in den folgenden Jahren nicht realisieren. Sie wurde 1912 <sup>78</sup> zwar nochmals vom Landtag beschlossen, doch erklärte Statthalter Bienenrth bereits bei der Sitzung, daß das Gesetz der Regierung nicht vorgelegt werde, was auch geschah.

Erst der Zusammenbruch der Monarchie ermöglichte den Tschechen, ihre lang gehegten und hartnäckig verfolgten Wünsche zu verwirklichen. Der Staatsvertrag von Saint Germain sicherte allen Staatsbürgern, gleichgültig welcher Sprache, Rasse oder Religion, das Recht zu, auf eigene Kosten Wohltätigkeits-, religiöse oder soziale Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu errichten, zu verwalten und zu beaufsichtigen, mit der Berechtigung, in denselben nach Belieben die eigene Sprache zu gebrauchen. Darüber hinaus wurde die österreichische Regierung verpflichtet, in jenen Städten und Bezirken, wo eine verhältnismäßig große Anzahl Anderssprachiger wohnte, für diese Schulen zu errichten. Sie sollte ferner angemessene Erleichterungen gewähren, um sicherzustellen, daß in den Volksschulen den Kindern der Unterricht in ihrer eigenen Sprache erteilt werde. Infolgedessen erhielten die tschechischen Volksschulen das Öffentlichkeitsrecht zugestanden. Gleichzeitig wurden beide Sprachen, die deutsche und die tschechische, zum Pflichtgegenstand erklärt.

Als sich die Durchführung der im Staatsvertrag verankerten Bestimmungen verzögerte, setzte sich die tschechische Regierung anläßlich der Brüner Verhandlungen im Sommer 1920 <sup>79</sup> für ihre in Österreich verbliebenen Volksgenossen ein. Österreich wurde seitens der Siegermächte verpflichtet, zu veranlassen, daß am Beginn des Schuljahres 1920/21 für Kinder österreichischer Staatsangehöriger tschechischer Sprache aufgrund ihrer Anmeldungen öffentliche Volksschulen mit tschechischer Unterrichtssprache in geeigneten Lokalitäten instituiert würden. Ferner sollte die Regierung auf genügend Klassen achten, das Limit von 42 Schülern pro Klasse nicht überschreiten und nur vollkommen qualifizierte Lehrkräfte anstellen. Das

---

<sup>76</sup> Ebenda.

<sup>77</sup> Walter 397.

<sup>78</sup> Gutkas 12.

<sup>79</sup> Martin, O.: Das tschechische Schulwesen in Wien. Österreichische Rundschau 20 (1924) Heft 2, S. 115.

Vertragswerk beruhte auf Gegenseitigkeit; denn den Kindern österreichischer Staatsangehöriger wurde der Besuch der öffentlichen und privaten Schulen in der tschechischen Republik ohne Ausnahme zugestanden.

Als die Errichtung der durch den Brüner Vertrag vorgeschriebenen tschechischen Schulen durch die Ratifikationsverhandlungen im Parlament auf sich warten ließ, setzte ein spontaner Streik tschechischer Schulkinder ein, der erst abgebrochen wurde, nachdem die Schulen ihrer Bestimmung übergeben worden waren. Die Tschechen hatten ihr seit 1883 konsequent verfolgtes Ziel, wenngleich mit ausländischer Hilfe und unter geänderten politischen Verhältnissen, erreicht.

a) *Das Grundschulwesen.* Die Schulpflichtigen besuchten teils private tschechische, teils öffentliche deutsche Volks- und Bürgerschulen. Letztere wurden von der Mehrheit frequentiert. Zwar waren die Privatschulen viel beliebter, doch entbehrten sie, solange Tschechisch als Unterrichtssprache fungierte, der Befugnis, staatsgültige Zeugnisse auszustellen, wodurch den Absolventen ein höheres Studium versagt blieb.

Die ersten tschechischen Lehranstalten wurden in den achtziger Jahren in den Vorstädten Landstraße und Favoriten ins Leben gerufen. Erstere zählte zwei, letztere 14 Klassen, die durchschnittlich von 850 Schülern<sup>80</sup> besucht wurden. Den Unterricht in den normalmäßigen Disziplinen erteilten acht Lehrer, zwei Lehrerinnen und zwei Katecheten. Beiden waren Kindergärten angeschlossen, in welchen sechzig bis achtzig Kinder im Vorschulalter von einer Leiterin und einer Gehilfin betreut wurden. Die Lehranstalten verteilten sich auf alle Bezirke Wiens, die City und die Vorortsiedlungen (Hietzing, Rudolfsheim, Ottakring, Währing, Döbling) ausgenommen. Manche Stadtteile wie Margarethen oder Favoriten verfügten über zwei Grundschulen.

Doch der weitaus größere Prozentsatz tschechischer Schulkinder beiderlei Geschlechts absolvierte deutschsprachige Lehranstalten. Ihre Zahl war in den Jahren des konjunkturellen Aufschwungs, wie aus der folgenden Aufstellung<sup>81</sup> hervorgeht, in stetem Steigen begriffen, bis Geburtenrückgang und Rückwanderung, durch die schlechte Ernährungsgrundlage bedingt, ihre Frequenz von 5,4 Prozent (1910) auf 3,4 Prozent (1921) sinken ließen. Das Maximum wurde 1910 (13 048) erzielt, das Minimum hingegen 1920 (3326) als Folge eines Schulstreiks.

Sie wurden gleich allen anderen Schülern in den vorgeschriebenen Fächern unterrichtet. Nebenbei waren sie allerdings verpflichtet, einen der sechs im dritten, fünften, neunten, zehnten und fünfzehnten Bezirk meist am Mittwoch und Samstag Nachmittag abgehaltenen Sprachkurse aufzusuchen, um Tschechisch zu lernen. Am Schluß waren sie, wollten sie gültige Abschluszeugnisse erlangen, genötigt, sich in Lundenburg den Prüfungen tschechischer Lehrer zu unterziehen. Erst der Ministerialerlaß vom 24. Juni 1908<sup>82</sup> entthob sie dieser Verpflichtung. Den Lundenburger Lehrern war hiermit die Erlaubnis erteilt worden, besagte Prüfung in Wien vornehmen zu dürfen. Die ministerielle Entscheidung erregte den Widerspruch des Wiener Magistrats, welcher darin eine (de facto) Verleihung des Öffent-

<sup>80</sup> Wiener Slawen 12.

<sup>81</sup> Martin 117.

<sup>82</sup> Gutkas 12.

lichkeitsrechtes erblickte. Die Prüfungen, in Gegenwart des Bezirksschulrates abgehalten, fanden in aller Stille statt. Denn Direktor Assmann hatte sich, um die vom Landesschulrat zugestandene Begünstigung nicht zu verlieren, gegen welche von christlich-sozialer Seite wiederholt demonstriert worden war, verpflichtet, auf Publikationen in den deutschen Journalen zu verzichten.

Die tschechischen Absolventen öffentlicher deutscher Volksschulen 1906—1922

Jahr	absolut	Prozent
1906	11 168	4,9
1907	11 588	4,9
1908	12 665	5,3
1909	12 792	5,3
1910	13 048	5,4
1911	10 709	4,4
1912	10 515	4,3
1913	10 421	4,3
1914	10 424	4,4
1915	9 453	3,9
1916	8 848	3,8
1917	8 755	3,9
1918	7 177	3,4
1919	6 193	3,2
1920	3 326	1,8
1921	5 987	3,4
1922	5 720	3,5

Der Untergang der Monarchie bescherte den tschechischen Schulen, nachdem Deutsch zum Pflichtfach erklärt worden war, das lang ersehnte Öffentlichkeitsrecht. Ihre gemischtsprachigen Lehranstalten<sup>83</sup> gliederten sich in sechs Haupt- und 21 Volksschulen, welche gleich den 17 Kindergärten — laut Brünner Vertrag aus Staatsmitteln erhalten — auch von Schülern deutscher Muttersprache frequentiert werden durften. Sie zählten<sup>84</sup> insgesamt 102 Klassen mit 3408 Besuchern. Der Unterricht fand wegen Raummangels, da die Klassen in deutschen Schulgebäuden untergebracht waren, meist nachmittags statt, was wiederholt zu Klagen Anlaß gab. Sie fühlten sich benachteiligt, war ihnen doch Gegenteiliges zugesichert worden. Sie beschwerten sich über mangelhafte Heizung und über geringe Ausstattung mit Lehrmitteln, ohne zu bedenken, daß die öffentliche Finanzmisere der Grund solcher Unannehmlichkeiten sein könnte. Ihre Beschwerden verebten aber im Laufe der Zeit, als sich die ökonomische Situation der Stadt besserte.

Die politische Verfolgung der Hitlerjahre, die viele Tschechen zur Flucht in die Heimat veranlaßte, verringerte die Frequenz, bis die Schulen 1942 liquidiert wurden. Nach 1945 wurden sie, dem Bedarf entsprechend, in geringerem Maße resti-

<sup>83</sup> Österreich Lexikon 1169.

<sup>84</sup> Martin 119.

tuiert. Im Jahre 1954<sup>85</sup> zählte Wien neun, 1966 sechs tschechische Schulen mit 526, beziehungsweise 252 Schülern beiderlei Geschlechts.

b) *Das Mittelschulwesen.* Nach der behördlichen Schließung mehrerer Komen-ský-Schulen (1909) tauchte kurzfristig der Plan auf, eine tschechische Mittelschule zu gründen. Der Zentralschulverein stand dem Vorhaben anfangs positiv gegenüber, sofern die Anstalt erst eröffnet werde, wenn sie amtlich genehmigt sei. Er verhielt sich aber abwartend, weil er der Ansicht war, daß die Bewilligung für eine Mittelschule noch schwieriger zu erlangen sein würde als für die Volksschule. Schließlich lehnte er, wohl auf Druck der Prager Tschechen, ab, für das Prestigeobjekt finanzielle Verpflichtungen irgendwelcher Art zu übernehmen.

Die geringe Zahl tschechischer Schüler in den höheren Schulen Wiens zeigt, daß die Beamtenkinder keine genügend starke Grundlage für die Errichtung eines tschechischen Gymnasiums boten.

#### Die tschechischen Absolventen der Wiener Mittelschulen

Schulen	Schüler	%
19 Gymnasien	94	1,33
Mädchengymnasien	3	1,10
17 Realschulen	117	1,64
11 Lyzeen	13	0,78
Lehrerinnenbildungsanstalten	19	1,68

Die tschechischen Schüler zogen aufgrund ihrer sozialen Stellung Berufsschulen vor. Nur wenige widmeten sich höheren Studien, wobei sie den realistischen Lehranstalten den Vorzug vor den humanistischen gaben, während die Mädchen, wie obige Tabelle zeigt<sup>86</sup>, das Lehrfach als erstrebenswertes Ziel erachteten.

Die Schüler gehörten vorwiegend dem Mittelstand an. Sie stammten, sofern ihre Eltern nicht Geschäftsinhaber oder Gewerbetreibende waren, aus Beamtenfamilien und Handwerkskreisen.

Die Aufnahme in die Mittelschule, wo sie gleich den übrigen Schülern in den normalmäßigen Lehrfächern unterrichtet wurden, erfolgte aufgrund staatsgültiger Zeugnisse, die nach dem Besuch einer vierklassigen Volksschule und nach der Absolvierung eines böhmischen Sprachkurses mit Abschlußprüfung ausgestellt wurden. Das Reifeprüfungszeugnis, nach dem Besuch einer achtklassigen humanistischen oder realistischen Bildungsanstalt erteilt, berechnete zum Besuch der Hochschulen.

c) *Das Hochschulwesen.* Die Wiener tschechische Hochschülerschaft stand ganz im Zeichen der Fluktuation, denn Wien wurde nur in jenen Disziplinen aufgesucht, in welchen die eigenen Fakultäten nichts Nennenswertes zu bieten hatten. Vor allem die Hochschule für Bodenkultur, die Tierärztliche Hochschule und die evangelisch-theologische Fakultät erfreuten sich — laut Tabelle<sup>87</sup> — großer Beliebtheit.

<sup>85</sup> Österreich Lexikon 1169.

<sup>86</sup> Wiener Slawen 14.

<sup>87</sup> E b e n d a 20.

Die Hörerzahl blieb bis zur Jahrhundertwende, von den Einwanderungswellen unbeeinflusst, konstant. Erst in den späteren Jahren zeigten sich an den diversen höheren Bildungsstätten, die Hochschule für Bodenkultur und die Akademie der bildenden Künste ausgenommen, schwache Rückgangstendenzen, welche dem zunehmenden Einfluß Prags und Brünns zuzuschreiben sind.

Die tschechische Schülerfrequenz der Wiener Hochschulen

Hochschulen	1902/03	1906/07
Universität	3,9 ‰	3,4 ‰
Technische Hochschule	2,6 ‰	1,9 ‰
Tierärztliche Hochschule	? ‰	16,0 ‰
Hochschule für Bodenkultur	11,0 ‰	17,0 ‰
Akademie der bildenden Künste	3,0 ‰	3,3 ‰
evang. theolog. Fakultät	31,0 ‰	28,0 ‰

d) *Die berufsbildenden Lehranstalten.* Die berufsbildenden Lehranstalten verfolgten den Zweck, den Nachwuchs in allen Zweigen des gewerblichen Lebens zu sichern. Sie gliederten sich in fachliche und gewerbliche Bildungsstätten. Ihr Besuch setzte ein positives Abgangszeugnis der Volksschule voraus, welches nur jenen Kandidaten ausgestellt wurde, die hinlängliche Kenntnis in der deutschen Sprache, ferner im Lesen, Schreiben und Rechnen besaßen. Wer eine solche Bescheinigung nicht vorweisen konnte, mußte die Vorbereitungsschulen besuchen, um die fehlenden Kenntnisse nachzuholen.

Die Vorbereitungsschulen: Die Vorbereitungsschulen waren seitens des Landeschulrates, im Einvernehmen mit dem Landesausschuß und der Gewerbekammer, als Pflichtschulen für jene Lehrlinge erklärt worden, welche das vierzehnte Lebensjahr überschritten hatten, ohne das Lernziel der Volksschule erreicht zu haben. Diese Kurse wurden durchschnittlich von 67 Prozent der Volksschulabgänger besucht. Doch lag dieser Mißerfolg nicht so sehr an den deutschen Lehrkräften, sondern vielmehr an den Tschechen selbst, welche ihre halbgebildeten Söhne zur weiteren Ausbildung nach Wien schickten, ohne daß diese des Deutschen kundig waren.

Die Fachschulen: Die Fachschulen Wiens (13) genossen bei allen Völkern, wiewohl sie vorwiegend von Deutschen (90 Prozent) besucht wurden, einen guten Ruf. Allein acht Prozent ihrer Absolventen waren tschechischer Herkunft. Besonders beliebt war, wie die Tafel erhellt<sup>88</sup>, die Ausbildung als Spengler, Schuster, Fleischer, Friseur, Maurer und Zimmermaler. Doch auch die Fachschulen für Korbflechter, Tischler, Faßbinder oder Uhrmacher erfreuten sich eines guten Besuches. Am begehrtesten allerdings waren die Lehrstätten für Bäcker und Schneider. Sie zählten die meisten Besucher, während die Nachfrage nach freien Plätzen zur Erlernung des Drechsler- oder Schusterhandwerks gering war.

<sup>88</sup> E b e n d a 15.

## Die tschechischen Absolventen der Wiener Fachschulen 1906/07

Fachschulen für	absolut	Prozent
Bäcker	107	14
Drechsler	17	8
Fleischhauer	33	10
Friseure	35	5
Kammacher	21	29
Kleidermacher	107	27
Korbflechter	24	68
Schlosser	21	7
Schuhmacher	39	14
Spengler	42	9
Tischler	24	13
Uhrmacher	28	13,6
Zimmermaler	40	17

Die Gewerbeschulen: Die Mehrheit der Lehrlinge allerdings frequentierte eine der zahlreichen Gewerbeschulen. Diese dienten der ferneren Unterweisung aller jener Gehilfen und Lehrlinge, welche keine Fachschule absolvieren mußten oder wollten. Sie verteilten sich auf alle Lehranstalten. Nur an einigen wenigen traten sie in größerer Zahl auf, wie die folgende Aufstellung zeigt<sup>89</sup>. Im zweiten (Leopoldstadt), zehnten (Favoriten), elften (Simmering), dreizehnten (Hietzing) und achtzehnten Bezirk (Währing) stellten sie durchschnittlich elf Prozent der Schüler, im 21. (Floridsdorf) 19 und im zwölften Bezirk (Meidling) 45 Prozent aller Frequentanten.

## Die tschechischen Absolventen der Wiener Gewerbeschulen 1906/07

Schulort	Prozent
12. Herthergasse 28	45
21. Jubiläumsgasse 13	19
11. Enkplatz 4	13
10. Erlachgasse 91	12
2. Weintraubengasse 13	11
13. Hietzinger Hptstr. 166	11
18. Schulgasse 19	10

Die Besucher sämtlicher Bildungsanstalten wohnten, sofern sie nicht in Wien beheimatet waren, bei Pflegeeltern, welche die Gemeinde Wien eruierte; denn sie durften nur bei solchen deutscher Nationalität untergebracht werden. Gar bald aber zeigte sich, daß jene Familien, die keine Fremdsprache beherrschten, die Übernahme von Kindern, mit welchen sie sich in keiner Weise verständigen konnten, aus selbstverständlichen Gründen ablehnten. Infolgedessen wurden im neunten

<sup>89</sup> E b e n d a 15, 16.

(1896) und fünfzehnten Bezirk (1909) zwei Heime errichtet, welche den Lehrlingen für die Dauer ihrer Ausbildung zur Verfügung standen. Für die Erlangung einer Gehilfenstelle sorgte der Dienstvermittlungsverein (1896).

### 9. Zusammenfassung

Die sozialökonomische Situation der böhmischen Kronländer bildete den Anlaß, der wirtschaftliche Aufschwung Wiens zur Reichshauptstadt den Grund, daß die Immigration der Völker aus den Nachbarländern nicht mehr verebbte. Sie wurde ermöglicht durch die merkantilistische Wirtschaftspolitik Leopolds I., der die Errichtung von Manufakturen unterstützte, um Anschluß an den Wirtschaftsboom der westeuropäischen Handelsnationen zu gewinnen. Sie wurde bewußt gefördert in der thesesianischen Ära, galt es doch, möglichst rasch Ersatz zu schaffen für die verlorengegangenen Produktionsstätten Schlesiens. Sie steigerte sich noch mehr, als die Wirtschaftsgesetze der Regierung Kaiser Franz' II. die Instituierung manueller Fabrikationszweige beschleunigten. Sie erreichte schließlich ihren Höhepunkt in der franzisko-josefinischen Industrialisierungswelle, welche den Wiener Raum um Jahrzehnte früher ergriff als die Nachbarländer. Der Ausbau der Verkehrsverbindungen, die Vergrößerung des Straßennetzes, die Errichtung der Bahnhöfe und Brücken, der Fabriken und Wohnhäuser ließen den Bedarf an Arbeitskräften sprunghaft ansteigen. Er erhöhte sich, als die süddeutschen Arbeiter, durch das Ausscheiden Österreichs aus dem deutschen Raum bedingt, Wien den Rücken kehrten. Als der Arbeitsmarkt gesättigt war und der konjunkturelle Aufschwung sich ins Gegenteil verkehrte, besannen sich die Tschechen auf ihre Heimat, welche ihnen — fernab des Kampfgeschehens — ein besseres Leben bieten konnte als das von Versorgungskrisen heimgesuchte Wien. Kehreten die einen freiwillig zurück, erst vereinzelt, später in Gruppen, durch Massenarbeitslosigkeit und politische Verfolgung gefördert, wurden die anderen gewaltsam repatriiert. Geburtenrückgang und Eindeut-schung verringerten ihre Minderheit so sehr, daß sie heute kaum mehr in Erscheinung tritt.